Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 114. | Dienstag den 17. Mai 1904. | 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 14. Mai 1904.

Ferien.

Der Reichstag ist heut programmmäßig in die Pfingstferien gegangen. Dienstag den 7. Juni sollen die Sitzungen wieder beginnen. Als Beratungsstoff dient zunächst das Münzgesetz und das Gesetz zur Bekämpfung der Reblaus, bei denen die Kommissionen ihre Vorarbeiten erledigt haben.

In der letzten Sitzung vor den Ferien widmete das Haus den größten Teil seiner Zeit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs über die Entlastung der Zivilsenate des Reichsgerichts. Diese soll hauptsächlich dadurch herbeigeführt werden, daß die Revisionssumme von 1500 auf 3000 Mark heraufgesetzt wird. In Verbindung damit hatten alle bürgerlichen Parteien den Antrag gestellt, die Zuständigkeit der Schöffengerichte nach verschiedenen Richtungen hin auszudehnen, sodaß für die dort behandelten Strafsachen die Strafkammern des Landgerichts zur letzten Instanz werden, was wiederum zu einer Entlastung der Strafsenate des Reichsgerichts führen soll. Unsere Partei nahm gegen beide Vorschläge Stellung. Genosse Stadthagen machte mit Recht darauf aufmerksam, daß durch die Zuweisung weiterer Vergehen an die Schöffengerichte der Staatsanwalt in noch höherem Maße als bisher die Freiheit erhielte, den Angeklagten vor das Gericht zu bringen, das am ehesten eine hohe Bestrafung wahrscheinlich mache. Die Erhöhung der Revisionssumme bezeichnete er treffend als mechanisches, plumpes und plutokratisches Mittel, die Entlastung des Reichsgerichts herbeizuführen. Die Entlastung des Reichsgerichts erscheint ihm auch gar nicht so dringlich, da jeder Richter wöchentlich nur ein Urteil anzufertigen hat und weite Gebiete des Arbeiterrechts, die seit langer Zeit vernachlässigt waren, viel notwendiger einer gründlichen organisatorischen Regelung bedürfen. In dieser Kritik wurde er merkwürdigerweise von dem Zentrumsabgeordneten Schmidt-Warburg unterstützt, der die Motive der Mehrheit in schärfster Weise als volks und arbeiterfeindlich charakterisierte. Das hinderte natürlich die übrigen Zentrumsabgeordneten und den weitaus größten Teil der anderen Parteien nicht, sich der Vorlage im allgemeinen günstig gegenüber zu stellen. In einer Kommission von 21 Mitgliedern soll eine Vorberatung der einzelnen Bestimmungen stattfinden. Vor diesem Gesetzentwurf hatte der Reichstag zwei Resolutionen beraten und angenommen, von denen die eine eine Milderung der Härten des Süßstoffgesetzes forderte, während die andere eine Besteuerung auch des Stärkezuckers vorschlug. Bei dieser letzteren entspann sich ein merkwürdiger Interessenstreit zwischen den Zuckerrüben-Interessenten und den Kartoffelbau-Agrariern, dem wir als lachende Dritte zuschauen konnten. Die Forderung der neuen Steuer lehnten wir natürlich ab, während die erste Resolution auch unsere Stimmen erhielt.

---

91. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Freiherr v. Stengel, Dr. Nieberding.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung der Resolutionen der Budgetkommission zum Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Die Resolutionen lauten: 1) Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob und inwieweit die Besteuerung des aus andern Stoffen als aus Rüben hergestellten Zuckers herbeizuführen ist, sowie ob und in welchem Umfange die Ausführungsbestimmungen zu § 2 des Zuckersteuergesetzes vom 27. Mai 1896 mit Bezug auf die Besteuerung von Rübensäften einer Abänderung zu unterziehen sind;

2) Den Reichskanzler zu ersuchen, ob Fälle vorliegen, in welchen Inländer durch die Ausführung des Süßstoffgesetzes unverschuldet besonders hart betroffen werden, und falls solche Fälle festgestellt werden, zu erwägen, ob hier eine Erleichterung gewährt werden kann.

Götz v. Olenhusen (Hosp. d. Zentr.) begründet die erste Resolution.

Gamp (RP.): Die Besteuerung des Stärkezuckers würde nur zu neuer Belastung der Rübenindustrie führen. Uebrigens können Sie sich von der Minderwertigkeit des Stärkezuckers aus den Proben überzeugen, die ich auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe. (Die wenigen anwesenden Abgeordneten begeben sich zum Tisch des Hauses und kosten den Zucker. Ein Abgeordneter der Linken speit ihn unter vergnügtem Lachen der Kollegen sofort wieder aus.) Unser Kartoffelbau rentiert schon ohne dies miserabel. (Zuruf des Abg. Dr. Müller-Sagan). Wenn Sie Zuckeragrarier werden (Heiterkeit), halte ich Ihnen den Vortrag, den ich jetzt dem Zentrum halte. Ich bitte Sie, die Resolution abzulehnen. Man kann einem Finanzminister gegenüber nicht vorsichtig genug sein. (Heiterkeit und Beifall.)

Die Abgg. Frhr. v. Richthofen (K.) und Vogt-Hall (wirtsch. Vereinigung) treten für die Resolution ein.

Unterstaatssekretär v. Fischer bestreitet, daß ein Bedürfnis nach Besteuerung des Stärkezuckers bestehe.

Dr. Müller-Sagan (FVp.) erklärt, daß seine Partei gegen die Resolution Nr. 1 und für die Resolution Nr. 2 stimmen werde.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Götz v. Olenhusen und Gamp wird die Resolution Nr. 1 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Gruppen, des Abg. Gamp und einiger Konservativen angenommen. Die Resolution Nr. 2 beinahe einstimmig.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf betr. Aenderung der Zivilprozeßordnung. Er sucht eine Entlastung der Zivilsenate des Reichsgerichts unter anderem dadurch zu erreichen, daß er die Summe, von der an Revision zulässig ist, auf 3000 Mk. erhöht. In Verbindung hiermit wird ein Initiativantrag Hagemann (NL.) verhandelt, der auch von den Konservativen, Reichsparteilern, dem Zentrum und den Freisinnigen unterzeichnet ist und durch eine Erweiterung der Kompetenz der Schöffengerichte eine Entlastung des Reichsgerichts auch in Strafsachen herbeiführen will.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Bei der bedeutenden alljährlichen Vermehrung der Klagen bei den Zivilsenaten des Reichsgerichts wird die Zwischenzeit bis zur Verhandlung auf 11 bis 12 Monate wachsen, ebenso die Zahl der unerledigten Sachen, die jetzt schon jährlich 2000 beträgt. So ging es einst dem alten Reichskammergericht, das dadurch einen unauslöschlichen Makel auf die Geschichte der deutschen Rechtspflege geworfen hat. Es wächst damit auch die Gefahr, daß Leute nur zum Zweck der Verschleppung an das Reichsgericht gehen. Dadurch kämen die ehrlichen Leute immer später zu ihrem Rechte, was für unehrliche ein neuer Anreiz zu fiktiven Revisionsanträgen wäre. Ein solcher Zustand ist beschämend für die Rechtspflege und bedenklich für die Autorität des höchsten Gerichts. Die Regierung war sich des Widerstandes der Volksvertretung wohl bewußt. Sie hat erst 1898 eine derartige Vorlage abgelehnt. Inzwischen hat sich die Lage bedeutend verschlechtert und ein anderes Mittel ist doch nicht gefunden worden als die Erhöhung der Revisionssumme. Ich bedauere, daß zu dieser Frage wieder vorwiegend Juristen sprechen werden, die haben bekanntlich immer verschiedene Meinungen. Ich hoffe aber, daß meine Darlegungen und die Autoritäten, die uns zur Seite stehen, sie wenigstens zweifelhaft machen. Reichsgericht, Reichsanwaltschaft haben sich trotz eigener Schädigung auf den Boden unseres Antrages gestellt. Es fragt sich nun, ob durch diese Aenderung der Rechtspflege ein Nachteil entsteht. Wenn Sie diese Vorlage annehmen, würden etwa 70—80 Revisionen, die sonst zu einem materiell anderen Urteil geführt hätten, jetzt von der Revision ausgeschlossen sein. Ist nun die Geschäftslage des Reichsgerichts derart, daß wir der deutschen Nation in diesen 75 Fällen ein Opfer zumuten können, oder ist das Interesse der beiden Parteien so groß, daß dies nicht möglich ist? Schon bei der Schaffung des Reichsgerichts ist hervorgehoben worden, daß seine Aufgabe nicht darin bestehe, möglichst viel Fälle materiell zu entscheiden, sondern formell eine Art Kontrolle über die Rechtspflege auszuüben, die nicht nur den beim Reichsgericht anhängigen Prozessen, sondern auch den 3 Millionen Amtsgerichts-, Landgerichts- und Oberlandesgerichts-Prozessen zugute kommt. Die Einzelfälle, die kleineren Sachen müssen geopfert werden, um überhaupt eine höhere Instanz halten zu können. In Frankreich, in dem die Gleichheit durch Gesetze mehr als in allen anderen Ländern beachtet wird, und demokratische Anschauungen das öffentliche Leben beherrschen, kommt man mit einem Senate und 16 Richtern aus, die kaum 20 Sachen im Jahre zu erledigen haben. Aber dafür sind ihre Urteile in der ganzen Welt anerkannt und der französische Kassationshof hat eine Autorität, der sich niemand an die Seite stellen kann. Unsere Stellung wird noch ungünstiger werden, wenn wir erst zu Kräften zweiter Ordnung greifen müssen oder die Richter infolge der Ueberarbeitung die Durchforschung der allgemeinen Fragen oder die Fühlung mit einander aufgeben. Der jetzige Zustand entspricht der moralischen Stellung des Reichsgerichts nicht, und ich bitte Sie deshalb, ihm ein Ende zu machen.

Hagemann (NL.): Wir hätten gewünscht, daß gleich ganze Arbeit gemacht und die Revisionssumme überall auf 3000 Mk. heraufgesetzt würde. Im übrigen empfehle ich Ihnen den von mir und meinen Freunden gestellten Initiativantrag.

Himburg (K.): Eine Erhöhung der Revisionssumme halten wir für sehr bedenklich; eher würden wir einer Vermehrung der Senate zustimmen, sonst stimmen wir der Vorlage zu.

Rintelen (Z.) hat große Bedenken gegen die Vorlage. (Der Redner spricht so leise und behandelt die Frage einer Aenderung des Verfahrens beim Reichsgericht so eingehend, daß die meisten Abgeordneten den Saal verlassen. Erst als er nach ½ Stunde die Tribüne verläßt, merken die noch Anwesenden, daß seine Rede zu Ende ist und empfangen ihn mit kräftigem Bravo, das große Heiterkeit hervorruft.) Ich kann mich schließlich den Gründen nicht anschließen, die für eine Radikalkur angeführt werden, aber den Weg der Regierung betrete ich sehr ungern. Das Reichsgericht hat dem gesunden Menschenverstand zu seinem Rechte verholfen. (Widerspruch im Zentrum.) Die Herren vom Zentrum, die noch nicht Reichsgerichtsräte sind (auf den Abg. Schmidt-Warburg deutend) sind allerdings anderer Meinung. (Große Heiterkeit.) Wenn sie Reichsgerichtsräte werden, ändern sie eben dann ihre Meinung. (Wiederholte Heiterkeit.) — Redner empfiehlt dann den Begründungszwang bei Revisionen und eine Teilung der Materien.

Stadthagen (SD.) Wenn man auf dem Wege der Vorlage weiter ginge, könnte man dem Reichsgericht alle Entscheidungen nehmen, denn der Sinn ist ja, je weniger sie zu entscheiden haben, desto nützlicher sind sie für die Rechtspflege. Wir hätten nichts gegen die Abschaffung der gelehrten Richter, aber solange sie bestehen, soll man wenigstens das oberste Gericht nicht beschränken. Die Vorlage schlägt ein durchaus mechanisches, plumpes und plutokratisches Mittel vor. Warum setzt man die Revisionssumme denn nicht auf 10 000 Mark herauf? Viel eher könnte man schon die ganz großen Sachen ohne Rechtsschutz lassen. Man spricht ja von gewonnenen und verlorenen Prozessen wie bei einem Spiel und Herr Hamp war heute derselben Ansicht. Aber der Anregung können wir nicht zustimmen, daß die Entscheidungen des Reichsgerichts für die übrigen Gerichte bindend sein sollen. Da könnte man ja eine Reichsgerichtsentscheidung in einen Automaten werfen und ein fertiges Urteil unten herausziehen. Es gibt viel wichtigere Fragen des Gerichtsverfahrens zu lösen, z. B. die Schaffung einer einheitlichen Instanz für das Arbeiterrecht einschließlich der Versicherungsgesetzgebung mit einem höchsten Gericht für Arbeitersachen an der Spitze. — Auch den Antrag Hagemann lehnen wir ab. Er gibt dem Staatsanwalt noch mehr Gerichte zur Auswahl und verstärkt sein Monopol. Schaffen Sie eine unabhängige Rechtsprechung, schützen Sie den Angeklagten vor der Allmacht des Staatsanwalts, nehmen Sie nicht Rücksicht auf einzelne Reichsgerichtsräte, sondern darauf, wie man am besten wahres Recht findet. (Beifall b. d. Soz.)

Pohl (FVp.): Die Rechtsanwälte, die doch auch Sachverständige sind, haben sich gradezu mit einer gewissen Aufregung gegen diesen Entwurf gewandt. Das Reichsjustizamt läßt jeden Sinn für Rechtsgarantien vermissen, wenn es hier davon spricht, daß 75 Proz. der Revisionen erfolglos sind. Staat und Agrarier haben sich dadurch nicht hindern lassen, sich das unbeschränkte Recht der Revision für ihre Prozesse zu sichern. Aber die Richter am Reichsgericht sind meist alte Herren, die schon mit einem Auge nach der gut bezahlten Ruhe schielen. Die 25 alten Herren Reichsgerichtsanwälte löcken auch nicht gegen den Stachel. Grade jetzt, wo die Fragen des bürgerlichen Rechts noch im Fluß sind, dürfen wir die Kompetenz des Reichsgerichts nicht einschränken. Es kommt oben mehr auf die Richtigkeit als auf die Fixigkeit an. (Sehr richtig!) Wir müssen die Rechtsgarantien, die das Reichsgericht bietet, ungeschmälert erhalten. (Bravo! links.)

Engelen (Z.): Wir werden die Vorlage, wenn auch ungern, akzeptieren müssen; denn auf anderem Wege ist eine Entlastung des Reichsgerichts nicht zu erreichen.

Dove (FVg.): Die Vorlage ist ein Notgesetz, an das man mit einer gewissen Resignation herangehen muß. Schnelligkeit der Rechtsprechung ist ebenfalls ein sozialpolitischer Faktor, und grade aus dem Wunsche nach Schnelligkeit sind die vielen Sondergerichte entstanden. Nun schlägt man als Mittel, um die Ueberlastung des Reichsgerichts zu vermeiden, eine Vermehrung der Richter vor. Aber ein gewisser Zusammenhang muß doch bleiben. Es darf doch nicht so weit kommen, wie einst, daß zwei Herren sich auf der Reise kennen lernen und bei der Vorstellung sich herausstellt, daß sie beide Räte am Obertribunal sind. (Heiterkeit.) Auf die Einzelheiten will ich nicht eingehen. Ueber dem notwendigen Flickwerk darf man jedenfalls die große Aufgabe einer gründlichen Reform der Zivilprozeßordnung nicht vergessen. (Bravo! links.)

Schmidt-Warburg (Z.): Als im Jahre 1875 zuerst eine Revisionssumme vom Reichstag eingeführt wurde, da sagte man vom Regierungstisch: damit schaffen Sie einen Gerichtshof für Reiche. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich glaube, wenn man das heute genügend hervorgehoben hätte, würde der Reichstag nicht wagen, einen solchen Zustand der Plutokratie noch zu verschlimmern. Heißt das Mittelstandspolitik treiben? Dem Armen hilft das richtigste Reichsgerichtsurteil nicht. Er klagt weder auf 1500 noch auf 3000 Mark. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er kann sich dann damit trösten, daß das Reichsgericht entlastet ist.

Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Dienstag, den 7. Juni, 2 Uhr. (2. Lesung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Reblaus, 2. Lesung des Münzgesetzes.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich wünsche den Herren allen eine recht gute Erholungszeit und ein fröhliches Pfingstfest!

Schluß 6,45 Uhr.

Rußland und Japan.

Wie dem „Berl. Lok. Anz.“ aus Petersburg gemeldet wird, rücken die Japaner immer weiter vor, während die Russen immer weiter in die Mandschurei zurückgehen und ihre Beobachtungspositionen an der Grenze aufgeben. Täglich wird ein entscheidender Kampf erwartet. Gegen Port Arthur haben die Japaner zwei Divisionen aufgestellt, gegen die russische Hauptstreitmacht, jetzt 7 Linendivisionen und wahrscheinlich ebenso viele Reservebrigaden. General Kuropatkin scheint dem-

gegenüber die Initiative zu einem größeren Kampf den Japanern zu überlassen und auf den inneren Linien operieren zu wollen. Der russische Plan verlangt viel Energie und Ausdauer. Sein Vorteil liegt in dem Näherrücken auf die russische Nachschub- und Verpflegungsbasis. Wie Generalmajor Pflug an den Kriegsminister in Petersburg berichtete, bereitet sich nach den Meldungen der Grenzwache und der Missionare in Dapadsiadse, 40 Werst südwestlich von Kuantschni, ein gegen die Russen und Christen gerichteter Aufstand vor. — Nach einer Reuter-Meldung fahren die Japaner fort, Truppen bei Pitzewo zu landen. Die Eisenbahnverbindung ist wieder abgeschnitten und die Bahn auf einen Abstand von siebzehn Meilen zerstört. Die wenigen in Niutschwang zurückgelassenen Truppen wurden nach dem russischen Lager drei Meilen östlich von Niutschwang gebracht, das tatsächlich ungeschützt sein soll. — Beim Admiralstab in Petersburg Freitag morgen eingegangenen Nachrichten zufolge, haben die Russen die Hafeneinfahrt, die Magazine und die Forts von Dalny vor dem Eintreffen der Japaner in die Luft gesprengt.

Bei den Operationen eines japanischen Geschwaders in der Nähe von Talienwan ist am Donnerstag, wie wir schon kurz gemeldet haben, ein japanisches Torpedoboot bei dem Versuche, russische Seeminen zu zerstören, durch die Explosion einer solchen Mine vernichtet worden. Ein Reutersches Telegramm aus Tokio berichtet darüber noch folgende Einzelheiten: „Das Torpedoboot wurde zerstört im Laufe einer Reihe von Bombardements und Bewegungen, um die Zerstörung von Minen und anderen Hindernissen in der Talienwanbay, der Kerrbucht und Deepbay zu überwachen. Die Bewegungen wurden vorgenommen vom 3. Geschwader unter dem Befehl des Admirals Katsoka. Das Geschwader traf in der Kerrbucht Donnerstag am frühen Morgen ein. Die Panzerschiffe „Jisukuschima", „Nisshin" und „Mijako" wurden vom Geschwader abgetrennt mit dem Befehl, die Landbatterien zu beschießen, während die Torpedobootsflottille die Reede überwachte und nach Minen suchte. Ein zweites Torpedobootgeschwader, welches nachts Port Arthur beobachtet hatte, schloß sich dem Geschwader an und begann ebenfalls die Reede zu überwachen. Die „Mijako" fand eine Kompagnie Infanterie und eine Abteilung Kavallerie und vertrieb sie durch Feuer. Nachdem dann die Ueberwachung der Reede 3 Uhr nachmittags beendet war, zerstörten die beiden Torpedoboote, denen der Ueberwachungsdienst oblag, die Minen an der Westküste der Kerrbucht und entdeckten dabei eine Telegraphenleitung längs der Küste der Halbinsel Taikuschan. Leutnant Hotta und vier Matrosen gingen an Land, erklommen unter dem Schutze der Kanonen der japanischen Schiffe die Hügel und zerstörten die Telegraphenleitung. Drei russische Abteilungen, davon zwei große und eine kleine, kamen in Sicht, das Geschwader näherte sich der Küste und beschoß dieselben. Die „Mijako" fand auf der Rekognoszierung in der Deepbai einen russischen Posten nordwestlich am Vorgebirge Robinson. Man schätzte die Stärke der Russen auf zehn Kompagnien. Dieselben zogen sich hinter das Gebirge zurück. Die Torpedoboote 48 und 49 entdeckten eine große Mine in der Kerrbucht. Mehrere Versuche, sie zum Explodieren zu bringen, mißlangen. Plötzlich erfolgte aber eine Explosion, durch welche das Torpedoboot 48 in zwei Stücke gerissen wurde. Das Schiff sank in sieben Minuten. Die Boote des Geschwaders eilten zur Hilfe herbei und retteten die Verwundeten. Drei andere Minen, die man entdeckte, wurden unschädlich gemacht. Das Geschwader — so schließt der Bericht — beendete seinen Ueberwachungsdienst und kehrte um sechs Uhr abends zur Flottenbasis zurück."

Politische Rundschau.

Deutschland.

Frankfurt-Lebus. Die Reichstagsersatzwahl in Frankfurt-Lebus hat keine endgültige Entscheidung gebracht. Nach dem vorläufigen Endresultat erhielt Bassermann (NL) 11 733, Braun (SD) 11 383 und v. Jagwitz (B. d. L) 2847 Stimmen. Demnach muß zwischen Bassermann und unserem Genossen Braun eine Stichwahl stattfinden, die bereits auf den 20. Mai angesetzt ist. Die Bedeutung des Wahlausgangs am Freitag liegt in dem Erfolg der bürgerlichen Sammelkandidatur. Der bündlerische Kandidat hat in diesem stark agrarischen Kreise nicht einmal 3000 Wähler von Bassermann abspleitern können. Daraus geht hervor, daß die Wahlparole der Konservativen, gleich im ersten Wahlgang für Bassermann zu stimmen, von den konservativen Wählern überwiegend befolgt worden ist, daß also weder die Zuverlässigkeit der konservativen Parteileitung noch auch die Disziplin der konservativen Wählerschaft erheblich verloren hat. Die Konservativen haben, obwohl sie den Wahlkreis schon seit bald 20 Jahren zu ihrem sicheren Besitzstand rechneten, dennoch für den Nationalliberalen gestimmt, um die Sozialdemokratie schon im ersten Gange zu werfen. In der Stichwahl ist der Sieg Bassermanns sicher in Aussicht zu nehmen. Die bündlerischen Stimmen werden voraussichtlich sämtlich ins Lager der bürgerlichen Sammelkandidatur abschwenken; so weit sie es ohnehin nicht schon freiwillig tun, werden sie sicherlich der Parole des bündlerischen Kandidaten v. Jagwitz und der „Deutschen Tagesztg." folgen, die sich bereits energisch für Bassermann ins Zeug legen und die Bündler auffordern, in zweiten Wahlgange auf alle Fälle für Bassermann zu stimmen. Der Sozialdemokratie aber dürfte kaum genügende Reserven zur Verfügung stehen, um den vereinten Anstrengungen der Reaktion Stand zu halten. Im übrigen hat der Reichskanzler Graf Bülow in höchst eigener Person dafür gesorgt, daß die Wahl bald wieder kassiert werden muß. Seine jüngste Herrenhausrede erhielt einen Passus, in dem nach der unerhörten Praxis der Wahlprüfungskommission zweifellos eine amtliche Wahlbeeinflussung zu finden ist, und wenn der Reichstag nunmehr die Gegenprobe auf seine neue Gründung macht, so wird Herrn Bassermanns Wiederkehr in die Räume des Reichstags nur ein kurzes Intermezzo sein. Bis zur alsdannigen Ersatzwahl werden dann neue Listen angefertigt werden müssen, — weil bis dahin wohl die Frist eines Jahres nach der Hauptwahl verflossen sein wird, — und dann wird der parlamentarisch Heimatlose abermals das Wahlglück versuchen müssen. Bis dahin . . . .

Die preußischen Herrenhäusler setzten Freitag die Sozialisten- und Staatsstreichdebatte vom Mittwoch fort. Professor Schmoller, der bekannte Kathedersozialist, vertrat gegenüber den junkerlichen Scharfmachern den Standpunkt eines nationalliberalen Monarchisten, der zur Zeit Gegner eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie ist. Von einem Staatsstreich wollte auf einmal kein Konservativer etwas wissen, und keiner wollte davon etwas gesagt haben. Wohl aber bekundeten einzelne Konservative ihre innersten Herzenswünsche dahin, daß sie wenigstens die geheime Abstimmung bei der Reichstagswahl beseitigen und das wahlfähige Alter auf 30 Jahre hinaufsetzen möchten. Die Debatte hat den früheren ähnlichen Sozialistendebatten im Reichstage oder im Abgeordnetenhause nichts Neues hinzuzufügen vermocht. Sie qualifizierte sich demgemäß als parlamentarische Zeitvergeudung. Denn daß die Konservativen dem gegenwärtigen Reichstagswahlrecht nicht grün sind, weiß man schon seit dem Bestehen des norddeutschen Bundes. Aber trotz alledem hat die Debatte, sowohl am Freitag als auch am Mittwoch, so schätzbares Material ergeben, daß in wenigen Tagen das amtliche Protokoll dieser Herrenhausreden in Hunderttausenden von Exemplaren seinen Weg ins Volk nehmen wird, als Agitationsschrift der Sozialdemokratie und als Zeichen der Zeit.

Eugen Richters selbstmörderische Wahltaktik hat die Billigung seiner Getreuen gefunden. Der Zentralausschuß der freisinnigen Volkspartei, der am Donnerstag in Berlin tagte, nahm einstimmig (bei drei Stimmenthaltungen) folgende Resolution an: „Der Zentralausschuß der freisinnigen Volkspartei spricht seine Zustimmung aus zu der Haltung des geschäftsführenden Ausschusses bei den letzten Reichstags- und Landtagswahlen und billigt die von ihm befolgte Taktik. Der Zentralausschuß gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der entschiedene Liberalismus nach wie vor die Aufgabe hat, den Kampf nach rechts und nach links mit allem Nachdruck zu führen." — Dieser „entschiedene Liberalismus" wird dabei bald genug zugrunde gehen

Einschränkung der Koalitionsfreiheit? Auf der Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrt in Leipzig betonte, einer Zeitungsmeldung zufolge, Ministerialdirektor Geheimrat Thiel-Berlin gegenüber den Ausführungen, daß man die Gemeindearbeiter nicht zu Beamten machen solle, man werde doch darauf zurückkommen müssen, wenigstens den Arbeitern solcher Betriebe, deren Stillstand einen öffentlichen Notstand bedeutet, wie den Arbeitern der Gasanstalten, Straßenbahnen, Kohlenwerke, Beamteneigenschaft zu verleihen. Er sei für eine Einschränkung des Koalitionsrechts dieser Arbeiter. Das klinge zwar sehr reaktionär, aber er glaube es doch vertreten zu können. Jedenfalls werde man bei einer Aenderung der Gewerbeordnung darauf Rücksicht nehmen müssen. — Das klingt nicht nur reaktionär, sondern ist es auch. Heutzutage, wo alle einsichtigen Sozialpolitiker auf Erweiterung des Koalitionsrechts antragen, verlangt ein hoher Regierungsbeamter eine Einschränkung desselben — und noch dazu für Arbeiter, die nicht weniger Grund genug haben, sich zur Besprechung und Verbesserung ihrer Lage zusammenschließen. Außerdem sollte der ungarische Eisenbahnerstreik dem Herrn Ministerialdirektor doch zur Genüge gezeigt haben, daß eine Verhinderung der Koalition keineswegs einen Ausstand in solchen Betrieben ausschließt, „deren Stillstand einen öffentlichen Notstand bedeutet". Die Aeußerungen des Herrn Thiel zeigen deutlich, wie der Wind in den oberen Regionen weht!

Ein Arzt. Bisher galten die Antisemiten als die Knoten in der Politik, die den Ton der Kneipe in die Parlamente trugen und mit rüden Rempeleien dem Philister zu imponieren suchten. Seit Herr Mugdan im Reichstag sitzt, — der kein Antisemit, sondern getaufter Jude ist — ist das antisemitische Monopol auf parlamentarisches Rowdytum durchbrochen, und der auf der Rechten sitzende radaulustige Reichstagspöbel brüllt und johlt nun einem Richterschen Gesolgsmann Beifall. Man fragt sich erstaunt, von wannen diese sittliche Verwilderung im Richterschen Lager kommt. Eugen Richter ist gewiß kein himmelblaues Vergißmeinnichtgemüt, aber als parlamentarisches Rauhbein hat er sich in den bald 40 Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit nicht gezeigt. Man würde ihm Unrecht tun, wenn man ihn für die Bübereien seines Fraktionsgenossen mitverantwortlich machen wollte. Die Lösung des Rätsels liegt auf einem andern Gebiet: Herr Mugdan ist Arzt, parlamentarischer Landskneht der ärztlichen Kampforganisation. Das erklärt alles. Die Tobsuchtsszene, die dieser Vorkämpfer des Aerzteverbands Freitag im Reichstag aufgeführt hat, ist für die öffentliche Beurteilung der Aerztekonflikte sehr wertvoll. Die Welt hat es nun vor Augen, welche erschreckende sittliche Verwilderung in den Reihen des Aerzteklüngels Mode geworden ist. Noch ein oder zwei große Aerztestreiks, und der bisher hochgeachtete Stand der Aerzte wird um all seinen Kredit sein. Die einzelnen Angehörigen des ärztlichen Berufsstandes können sich dann für diese „Hebung" ihrer Standesehre bei den Machern des Wirtschaftlichen Verbandes, den Mugdan und Konsorten, bedanken.

Eine große Bergarbeiter-Konferenz, welche von sämtlichen Belegschaften des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers mit etwa 200 Delegierten beschickt war, hat Donnerstag in Essen stattgefunden, um über die Stillegung der Zechen im Ruhrrevier zu beraten. Das einleitende Referat hielt Hasenmann-Bochum. Er machte die jetzige Leitung des Kohlensyndikats für die Stillegung verantwortlich und behauptete, diese sei erfolgt, obwohl die Zechen keineswegs ausgebeutet seien. Stillgelegt seien bereits die Zechen „Witten" und „Hattingen" sowie die Zeche „Marianne Strinbank", die Stillegung drohe aber noch etwa zehn weiteren Zechen mit ca 14 000 Arbeitern. Redner verlangte die Anwendung des § 65 des Berggesetzes oder, falls dies nicht möglich sei, den schleunigen Erlaß eines Notgesetzes. Mit einem Appell an die Versammelten, für den Ausbau der Organisation zu sorgen, damit der Syndikatsorganisation wirksam entgegengetreten werden könne, schloß der Redner. Nach längerer Diskussion nahm die Versammlung einstimmig zwei Resolutionen an, in denen eine Reihe von Forderungen gestellt werden, betreffend freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Ausgestaltung von Tarifverträgen, achtstündige Arbeitszeit, Ausschließung jugendlicher Arbeiter unter 18 Jahren von der unterirdischen Arbeit, sanitäre Einrichtungen auf allen Werken 2c. Zur Beseitigung der durch die Stillegungen der Gruben herbeigeführten Schädigungen wurde ein energisches Eingreifen der Regierung gefordert, bezw. die sofortige Einbringung und Verabschiedung eines Notgesetzes. Die zweite Resolution schließt: „Um der Macht des Kohlensyndikats ein Gegengewicht zu geben, fordern wir vom Staat zunächst die Beschlagnahme der noch freiliegenden Kohlenfelder zwecks Ausbeutung durch den Staat. Sodann fordern wir die Staatsregierung auf, unverzüglich Vorbereitungen für die Verstaatlichung des ganzen Bergbaus in Angriff zu nehmen."

Leutwein hat sich breitschlagen lassen. Die „Norddeutsche" meldet: „Auf eine Anfrage an den Gouverneur Leutwein wegen der ihm in einem Zeitungstelegramm aus Windhuk zugeschriebenen Absicht, bei dem Eintreffen des Generalleutnants von Trotha nach Deutschland zurückzukehren, erklärt Gouverneur Leutwein in einer hier eingegangenen dienstlichen Meldung, er habe keine Aeußerung über die Absicht seiner Rückkehr nach Deutschland getan; er werde das in ihn gesetzte Vertrauen auch fernerhin zu rechtfertigen suchen und v. Trotha redlich zur Seite stehen." — Zum Chef des Stabes für Generalleutnant v. Trotha ist Oberst Deimling-Mülhausen vom Infanterie-Regiment 112 ernannt worden. — Der „Lok.-Anz." meldet aus Windhuk: Nach Meldungen des Oberleutnants Volkmann hatte dieser Offizier am 28. April mit 10 Reitern ein Gefecht 10 Kilometer östlich von Okanguinde gegen zersprengte Hererohaufen, von welchen 31 Rebellen fielen. Auf deutscher Seite wurde der Kriegsfreiwillige Schlemka aus Hyzendorf bei Bütow durch einen Schuß in die linke Lunge getötet.

Sieben Jahre Zuchthaus wegen „Majestätsbeleidigung"! Ueber einen eigentümlichen Fall von Majestätsbeleidigung läßt sich der „Elsässer" von Mülhausen schreiben: „Als kürzlich der Kaiser aus Italien kommend hier vorüberfuhr, exerzierte auf dem Habsheimer Exerzierplatz gerade ein Bataillon des 112. Regiments. Der Kommandeur ließ zu gelegener Zeit die Mannschaft in der Nähe der Bahn antreten, die vor dem vorbeisausenden Hofzug das Gewehr präsentierte. . . . Für einen unvorsichtigen dummen Kerl von Soldaten wurde der erwähnte Begrüßungsakt recht verhängnisvoll. In seiner Naivetät hatte er einen kranzgeschmückten Zug erwartet, der da anhalte, damit der Kaiser sich zeigen könne. Als nichts von alledem eingetroffen, ließ sich der Enttäuschte in seinem Unmut zu einer allerdings unflätigen Bemerkung hinreißen, die von einem Sergeanten gemeldet und als Majestätsbeleidigung durch Ausstoßung des Mannes aus dem Heere und durch Verhängung von sieben Jahren Zuchthaus geahndet wurde. Selbst in militärischen Kreisen findet man diese Strafe übermäßig hoch."

Ein Straßenbahnerstreik ist Sonnabendmorgen in Krefeld ausgebrochen, nachdem die Bahnverwaltung die von den Führern der Angestellten festgesetzte Frist auf Bewilligung der Forderungen, bestehend in einer Lohnerhöhung, in einem freien Tage auf 8 anstatt wie bisher auf 10 Tage Dienst und in einer besseren Regelung des Dienstes, hatte verstreichen lassen. Am Morgen war der Betrieb größtenteils lahmgelegt, nur auf einigen Strecken versahen Kontrolleure und Maschinisten den Dienst. Die Straßenbahner hofften auf völlige Außerbetriebsetzung bis Mittag. Auch die Straßenbahnangestellten in Duisburg befinden sich seit vierzehn Tagen in Lohnbewegung. Wenn bis zum heutigen Montag die auf Lohnerhöhung zielenden Forderungen nicht erfüllt werden, soll der Ausstand verkündet werden.

Der Berliner Bäckerstreik nahm bisher einen äußerst günstigen Verlauf. Bis Sonnabend mittag lagen bereits gegen 1600 Bewilligungen vor; es haben mithin über zwei Drittel der Bäckermeister Berlins und der Vororte die Forderungen der Bäcker bewilligt. — Die Konditoren, die bei Bäckern arbeiten, hielten Freitag abend eine überfüllte Versammlung bei Feuerstein ab, in der ihr Zentralvorsitzender Voelck-Hamburg referierte. Bewilligt haben ihnen schon 48 Meister.

In der Famecker Kirchhofsaffäre hat sich der Bischof Benzler von Metz zu einem Rückzug verstehen müssen. Er hatte bekanntlich über den Friedhof das Interdikt verhängt, weil auf ihm auch Protestanten beerdigt werden, und weil protestantische Geistliche an den Gräbern ihrer verstorbenen Konfessionsgenossen Leichenreden hielten. Dieser Akt des Zelotismus hatte so viel böses Blut erregt, daß sich die Regierung genötigt sah, gegen Benzler Stellung zu nehmen. Jetzt hat er, wie aus Straßburg gemeldet wird, dem Kaiser schriftlich angezeigt, daß er das Interdikt über den Kirchhof in Fameck zurückgezogen habe. — Wahrscheinlich hat sich der Kaiser, der mit dem Bischof, als dieser noch Abt des Klosters Laach war, mehrfach freundschaftlich verkehrt hat, selber ins Mittel gelegt. Der Regierung fehlen bekanntlich die Machtmittel zur Zurückweisung zelotischer Uebergriffe der „Herren der Kirche".

Das Königsberger Ketzergericht ist in Sachen der Herren Dr. Krieger und Dullo nunmehr zu einem Urteil gekommen. Die beiden Herren, die sich erkühnt hatten, das freisinnige Dogma von dem Kampf nach zwei Fronten als alleinseligmachend nicht anzuerkennen, wurden aus dem Vorstand des Vereins „Waldeck" entfernt. In einer außerordentlichen Generalversammlung des Vereins wurde beschlossen, die Mandate der Herren Krieger und Dullo für erledigt zu erklären. In ihre Stellen wurden zwei der Ketzerei unverdächtige Herren gewählt.

Kleine politische Nachrichten. Dem früheren Staatssekretär des Reichsmarineamts Hollmann treibt es der Flottenverein zu toll. Hollmann hat seinen Austritt aus dem Präsidium erklärt, mit der Begründung, daß er die extreme und verfassungswidrige Propaganda des Vereins nicht mitmachen wolle. — Der bayerische Finanzminister legte dem Landtage eine neue Vorlage über Aufbesserung der Beamtengehälter vor. Vorgesehen sind nunmehr 3 700 000 Mark. Die Aufbesserung beträgt 60 bis 270 Mk. — Von angeblich gut unterrichteter Seite wird es der „Neuen Pol. Korresp." als unrichtig bezeichnet, daß Prinz Joachim Albrecht von Preußen nach Deutsch-Südwestafrika gehen will. Die Hereros werden also auf die Ehre verzichten müssen, sich von einem deutschen Prinzen niederkartätschen zu lassen. — Die ungarische Volkspartei versucht in letzter Zeit in der Provinz christlich-soziale Propaganda zu treiben. In

Kecskemet ist es dieserhalb Donnerstag zu einem Zusammenstoß mit den Sozialdemokraten gekommen, von denen die Gendarmerie 17 verhaftete. — Der Gemeinderat von Clermont-Ferrand (Frankreich) hat aus Befürchtung von Störungen die alljährlich am 15. Mai stattfindende Marien-Prozession untersagt, an der mehrere Erzbischöfe und Bischöfe teilnehmen sollten. — Eine neue „Dreyfus-Affäre" wird aus Sevilla gemeldet: Der Schriftsteller Albert Dreyfus aus Frankfurt a. M., der zurzeit eine Vergnügungsreise durch Spanien macht, wurde Freitag nachmittag, als er dem Wagen des Königs zu nahe kam, von der Polizei festgenommen, die ihn fälschlich für einen „Anarchisten" hielt, aber bald wieder freigelassen. — Weil die Stadtkapelle während einer Prozession nicht spielte, entstand nach dem „Berl. Tgbl." in Daimiel (Spanien) ein großer Aufruhr. Das Haus des Alcalden (Bürgermeister) und das Konsumsteuerbureau wurden angezündet und erheblicher Schaden verursacht. Zwei Gendarmen wurden schwer verwundet. — Die von den Tibetanern gefangen genommenen Diener des Kapitäns Park sind einer „Times"meldung zufolge mit großer Grausamkeit umgebracht worden. Sie wurden langsam in kleine Stücke zerschnitten. Die Tibetaner gebrauchen jetzt Gewehre von bestem europäischem Muster und ihre Geschosse erreichen mit Leichtigkeit das englische Lager.

Frankreich.

Der Streik der Offiziere der Handelsmarine in Marseille ist beendet. Der Verband der Matrosen hat die Forderungen der Offiziere angenommen.

Ein Verwandter von Dreyfus im Kriegsministerium. Die Pariser nationalistischen Blätter sind sehr ergrimmt über die Ernennung des Obersten Valabregue, der an Stelle des scheidenden Generals Gervais zum Kabinettschef des Kriegsministers ernannt worden ist. Der Oberst ist Jude und mit Dreyfus verwandt. Die nationalistischen Blätter behaupten, Andree beabsichtige, Verrat an Frankreich zu üben.

Spanien.

Spanische Justiz. Der oberste Gerichtshof hat das Urteil des Kriminalgerichts zu Oviedo bestätigt, das den Genossen Vigil, Redakteur der „Aurora Social" zu drei Jahren sechs Monaten 21 Tagen Gefängnis, sowie zu 250 Pesatas Geldstrafe verurteilt hatte, und zwar wegen angeblicher Verhöhnung der Religion auf Anzeige des Domherrn Arboleya, Redakteur der Zeitung „El Carbayon". Die Staatsretter beglückwünschen sich zu dieser Heldentat der Reaktion, die unseren mutigen Vorkämpfer auf lange Zeit unschädlich gemacht hat.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 16. Mai 1904

Das hiesige freisinnige Organ will anscheinend den Nachweis liefern, daß es in der Handhabung von Unwahrheiten und Entstellungen den „Lüb. Anz." auch nicht im geringsten nachsteht. So stellt es anläßlich des Hamburger Brauerstreiks die Behauptung auf, die Streikenden hätten den Brauereien morgens 5 Uhr ihre Forderungen unterbreitet und dann in 10 Minuten eine Erklärung verlangt. Eine solche Behauptung schlägt der Wahrheit direkt ins Gesicht. Das müßte selbst dem nach seiner Meinung sehr klugen Herrn Heise bekannt sein. Haben doch eine ganze Reihe von Wochen vor Ausbruch des Streiks Unterhandlungen über die Forderungen der Streikenden geschwebt. Das war auch im „Hamb. Fremdenblatt", das Herr Heise ja neben der „Freien Deutschen Presse" recht eifrig bei seiner Redaktionstätigkeit benutzt, ausführlich zu lesen. Das aber kümmert den Herrn nicht, er flunkert kräftig darauf los, um einen Zusammenhang zwischen dem Brauerstreik und dem — „Vereinshaus" zu finden. Das freisinnige Organ blamiert sich in seiner Wut gegen die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse immer mehr!

Ein trauriges Zeichen der Zeit! Vor der Strafkammer hatten sich am Sonnabend zehn Personen wegen Sittenverbrechen, begangen an zwei Mädchen im Alter von 13 und 14 Jahren, zu verantworten. Nach der unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Verhandlung wurde folgendes Urteil gefällt: Handelsmann T. 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust, Fabrikarbeiter Sch—e 6 Monate Gefängnis, Arbeiter Sch—t 5 Monate, Arbeiter W. 4 Monate, Zimmerlehrling L. 2 Monate, Arbeiter C. und G. je 1 Woche und die Schulknaben Sch—t, F. und G. je 6 Wochen Gefängnis. — Wer mag wohl die Schuld an der sittlichen Verwahrlosung der Kinder und jungen Leute tragen?

Einen unerwarteten Ausgang nahm in der letzten Sitzung des Schöffengerichtes die Verhandlung gegen den des Diebstahls einer Arbeitsblouse angeklagten Arbeiter F. Letzterer hat mehrere Monate bei dem Schmiedemeister K. in Dänischburg gewohnt und nach seiner Angabe von diesem die Erlaubnis erhalten, sich eine von seinen (K.s) Arbeitsblousen zu nehmen. Das hat er dann auch gegen den Willen der Ehefrau K. getan. Als F. dann später in einem Beleidigungsprozeß gegen die Frau K. als Zeuge fungierte, ist er von dieser mehrere Monate nach der Aneignung der Blouse des Diebstahls derselben bezichtigt worden. Daß das nur aus Rache geschehen ist, geht schon aus einer Aeußerung der Frau K. gegenüber einer Frau V. hervor, die dahin ging, ihr Mann (K.) habe F. zwar erlaubt, die Blouse zu nehmen, sie aber habe ihm das verboten und deshalb sei er ihrerseits angezeigt worden. Der Schmiedemeister K. bestätigte, dem F. erlaubt zu haben, sich eine Blouse zu nehmen. Frau K. bestritt eidlich die Richtigkeit der obigen Angabe und beschwor ferner, niemals bei der Frau V. verkehrt zu haben. Letztere behauptete jedoch, gleichfalls unter ihrem Eide, das Gegenteil. Nach verschiedenen Ermahnungen schränkte die Frau K. ihre Aussage etwas ein, hielt sie jedoch in der Hauptsache aufrecht. Als sie befragt wurde, ob sie schon einmal vorbestraft sei, verneinte sie die Frage; festgestellt und später von ihr zugegeben wurde jedoch, daß sie bereits einmal wegen Eidesverletzung vorbestraft ist. Das Gericht beschloß Aussetzung der Verhandlung, bis ermittelt worden ist, welche von den beiden Frauen einen Meineid geleistet hat. — Inzwischen ist die Frau K. wegen Meineidsverdachts bereits in Untersuchungshaft genommen worden.

Ein automatisches Restaurant ist hier Sonnabend in der Breitenstraße eröffnet worden

Wer sind die Eigentümer? Das Polizeiamt erläßt folgende Bekanntmachung: Im Laufe des Jahres 1902 sind bei dem Polizeiamte eine größere Anzahl von Sachen, wie eine goldene Damenuhr, Damen- und Herrenschirme, Handstöcke, Hüte, Mützen, Handschuhe, Portemonnaies, Bücher, Kneifer, Brillen, Messer, Handtaschen, Schmucksachen usw., als gefunden eingeliefert worden. Bevor das Polizeiamt zur Versteigerung der Sachen schreitet, werden alle diejenigen, welche Eigentumsansprüche auf die einzelnen Sachen erheben wollen oder welche sich das Recht zum Erwerbe des Eigentums vorbehalten haben, aufgefordert, ihre Ansprüche binnen 6 Wochen, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei dem Polizeiamte geltend zu machen.

Auf der Koch'schen Schiffswerft in Lübeck sind aus Anlaß des Streiks sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. Zuzug von Werftarbeitern ist streng fernzuhalten!

Oeffentlicher Schlachthof. Im April 1904 wurden geschlachtet: Ochsen 66, Bullen 40, Kühe und Starken 404, fette Kälber 460, nüchterne Kälber 920, Lämmer 17, Ziegen 24, Schweine 2491, Schafe 329, Pferde 45, zusammen also 4796 Tiere gegenüber 5002 im gleichen Monat des Vorjahres. Beanstandungen: Bei lebenden Tieren: Keine. Bei geschlachteten Tieren: 1. Ungeeignet zur menschlichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 3 Kühe wegen Tuberkulose. 1 Schwein wegen Tuberkulose und Abmagerung. 1 Schwein wegen Darm- und Bauchfellentzündung. 1 Schwein wegen eiteriger Bauchfellentzündung. 1 Schwein wegen Schweineseuche. 1 nücht. Kalb wegen Gelenkentzündung. 1 nücht. Kalb wegen eitriger Nabelentzündung. 1 nücht. Kalb wegen Lungen- und Brustfellentzündung. 2. Auf der Freibank wurden verkauft: 1 Kuh wegen Tuberkulose. 4 Schweine wegen Tuberkulose. 1 Schwein wegen ungenügender Ausblutung. 1 Schwein wegen Schweineseuche. 14/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose. 3. Im Dampf-Desinfektor wurden gekocht: 2 Kühe wegen Tuberkulose. 11 Schweine wegen Tuberkulose. 10/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose. 4 Schweineschinken wegen Tuberkulose. 4. Dem zoologischen Garten zur Fütterung der Tiere überwiesen: 2 Schafe wegen wässeriger Beschaffenheit des Fleisches. 3 nücht. Kälber wegen ungenügender Ausblutung. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 483 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 2543 Kg. Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe untersucht.

pb. **Eigentumsvergehen.** Aus einem im Kanalhafen, unweit der Burgtorbrücke vertäuten Boote wurden in der Nacht vom 11./12. d. Mts. folgende Gegenstände gestohlen: Eine kleine Tonne mit Salzheringen, 2 Stechrüben, eine kleine Tonne mit Salzgurken, 1 Blechdose mit 2 Pfund Bohnen, 1 Pfund Zwiebeln und 1 Faß Kartoffeln.

pb. **Ein unfreiwilliges Bad.** In verflossener Nacht gegen 12½ Uhr stürzte beim Schuppen Nr. 2 ein angetrunkener Mann in die Untertrave. Der am Bahnhof auf Posten befindliche Schutzmann eilte auf die lauten Hilferufe des Verunglückten herbei und es gelang ihm, denselben mittels eines Rettungsballes aus dem Wasser zu ziehen. Der Gerettete begab sich, da er kein Obdach hatte, in Schutzhaft.

pb. **Schinkendiebstahl.** Am Sonnabend den 14. d. M. wurde in der Markthalle ein geräucherter Schinken im Gewichte von 28½ Pfd. gestohlen.

Einbruch. In der Nacht vom 14. zum 15. d. Mts. wurde im Kontor des Tremser Eisenwerkes mittels Einbruch außer 50 Mk. in barem Gelde noch etwa 160 Quittungsmarken der Invaliditäts- und Altersversicherung zu nachstehenden Werten gestohlen: Etwa 3 Marken à 14 Pf., 30 à 20 Pf., 60 à 24 Pf., 40 à 30 Pf. und 30 à 36 Pfg.

Curau. Die Forderungen der Arbeiter zur bevorstehenden Revision des Bürgerschaftswahlrechts wurden in einer gestern hier abgehaltenen Volksversammlung durch den Genossen Friedrich-Lübeck in eingehender Weise erläutert. Dem Redner wurde lebhafter Beifall zuteil.

Herrenburg. Ein Feuer äscherte Freitagnachmittag das Wohnhaus, eine Scheune und einen Arbeiterkaten des Hauswirts Löhring ein.

Eutin. Ein Streik ist, wie uns soeben ein Privattelegramm meldet, bei der Firma Terheyden ausgebrochen. Zuzug von Tischlern und Tapezierern ist streng fernzuhalten.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Das 5jährige Kind, welches in Hamburg schwere Brandwunden erlitten hat, ist seinen Verletzungen erlegen. — Der Mörder Zeibig, der vor etwa 2 Monaten in Hamburg Frau und Kind aufgehängt hat, wird, da er die Tat anscheinend in Geistesgestörtheit ausgeführt hat, auf Antrag seines Verteidigers zwecks Beobachtung seiner geistigen Verfassung der Irrenanstalt Friedrichsberg zugeführt werden. — In Warnemünde erlitt der Heizer Plügge auf der Dampffähre „Friedrich Franz IV." durch Explosion einer Lampe lebensgefährliche Brandwunden. — In Kuhstorf b. Hagenow brannten 3 Büdnereien nieder.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Leitergerüstarbeiter in Hamburg haben ihren Streik siegreich beendet. Es kam ein Vergleich zustande. — Die Baumaterialien-, Blockwagen- und Abfuhrkutscher Hamburgs befinden sich in einer Lohnbewegung. Hoffentlich kommt es zu einer Einigung. — Zur Lohnbewegung der Maurer- und Zimmergesellen in Tondern (Schlesw.) haben die vereinigten Bauunternehmer in einer abgehaltenen Versammlung beschlossen, die Forderungen der Gesellen abzuweisen und sich durchaus auf keine Verhandlungen einzulassen. Die Maurer- und Zimmermeister wollen nur eine Erhöhung des Stundenlohnes von 40 Pfg. auf 42 Pfg. zubilligen. — Zum Arbeitersekretär in Bremerhaven wurde mit 304 gegen 43 Stimmen Arbeitersekretär Voß-Würzburg gewählt.

Hamburg. Der hitzige Chef. Ein für die Handelskreise interessanter Prozeß ist vom Hamburger Landgericht, Kammer III für Handelssachen, entschieden worden. Der Kommis S. trat am 1. November 1903 mit einem Gehalt von 1800 Mk. pro Anno in ein Haushaltungsgeschäft als Expedient ein. Der Geschäftsinhaber tadelte am 10. Dezember den Kommis, der seiner Ansicht nach nicht prompt genug war, in Gegenwart dreier Hausknechte und des Packers, Untergebener des S., und tat dabei die Aeußerung: „Sie sind noch viel dümmer als ein dummer Junge." S. verließ darauf seine Stellung wegen erheblicher Ehrverletzung und verlangte sein Gehalt bis zum 1. April 1904, da ihm zu diesem Termin erst hätte gekündigt werden können. Die Zahlung wurde verweigert und von S. eingeklagt. Die beklagte Firma verlangte kostenpflichtige Abweisung, da der Kläger sich bei seinem Engagement als besonders tüchtig hingestellt, sich aber seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt habe, so daß sich das Personal häufig über des Klägers Unfähigkeit beschwert habe. An dem fraglichen 10. Dezember habe der Kläger auf Vorhalten zum Chef gesagt: „Ach was, quarken Sie nicht immer, ich werde meine Sachen schon machen." Auf eine Verweisung habe S. geantwortet, er sei kein dummer Junge, und wüßte schon, was er zu tun habe. Darauf erst sei die inkriminierte Aeußerung gefallen. Entschieden bestritt der Geschäftsinhaber die „erhebliche" Ehrverletzung. Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 600 Mark nebst vier Prozent Zinsen vom Klagetage an. In den Gründen wurde ausgeführt, daß die betreffende Aeußerung eine „erhebliche Ehrverletzung" sei. Man könne zweifelhaft sein, ob eine Bemerkung wie die fragliche, etwa gegenüber einem jugendlichen Lehrling, als erhebliche Ehrverletzung anzusehen ist. Jedenfalls sei eine solche Bezeichnung des Klägers, eines 27jährigen Menschen, welcher die Stellung eines Vorgesetzten des Packpersonals inne hatte, durchaus geeignet, den Kläger erheblich in seiner Ehre zu verletzen und seine Stellung dem Personal gegenüber zu untergraben. Der Kläger sei also nach § 71 H. G. B. berechtigt gewesen, sofort zu kündigen und sein Gehalt bis zum nächsten Kündigungstermin, 1. April 1904, zu verlangen. — Eine Lehre für Prinzipale, etwas vorsichtiger in ihren „Titulaturen" dem Personale gegenüber zu sein.

Hamburg. Der Streik der Hamburger Bierbrauereiarbeiter verläuft bis jetzt günstig für die Arbeiter. Die Polizei hält es anscheinend wieder mit den Unternehmern. Das „Hamb. Echo" richtet deshalb folgende Anfrage an dieselbe:

„An die Polizeibehörde richten wir die Anfrage, ob es wahr ist, daß den Brauereien gestattet wurde, Sonntags auch während der Kirchzeit fahren und abladen zu dürfen, eventuell auf Grund wessen eine solche Erlaubnis erteilt wurde? Ist es wahr, daß auf der Raboisenwache die Obdachlosen zum Arbeitsnachweis der Brauereien geschickt wurden mit dem nicht mißverständlichen Hinweis auf gewisse Bestimmungen des Strafgesetzbuches? Hat die Bestimmung der Gewerbeordnung, betr. Beschäftigung von Personen unter 16 Jahren, auch Giltigkeit bezüglich der in Brauereien beschäftigten jugendlichen Arbeiter?"

In Wandsbeck scheint die Polizei besonders scharf gegen die Streikenden vorgehen zu wollen. Sistierungen, Drohungen 2c. Die alte Geschichte. Inzwischen haben hunderte von Wirten es bewirkt, ringfreies Bier führen zu können. Freitag fand eine Sitzung zwischen Streikenden, Vertretern der Wirte und Bevollmächtigten der Brauereien statt. Diese Sitzung ist völlig resultatlos verlaufen; der Ring lehnt jede Unterhandlung ab. In Wirtekreisen ist die Erregung über dieses Verhalten eine sehr große. Bis zu einem gewissen Grade leiden ja die Wirte unter der Hartnäckigkeit der Direktionen, deren Gesinnung recht deutlich in einem Ausspruche eines Wandsbeker Biergewaltigen zum Ausdruck kommt, der da meinte: „Aus der Hand werden sie uns noch fressen!" Wer so von den Arbeitern denkt, die ihm die großen Tantiemen herausschusten, der nimmt natürlich auf die sein Dividendengebräu verzapfenden Wirte keine Rücksicht! — Die beteiligten Gewerkschaftskartelle haben nunmehr beschlossen, den Boykott über die dem Versicherungsverbande angehörenden und nicht bewilligt habenden Brauereien zu verhängen. Das ist die beste Antwort!

Elmshorn. Aufsehen erregt die Verhaftung des hier im Jahre 1892 praktizierenden homöopathischen Arztes Stats. St. hatte damals unter der arbeitenden Bevölkerung eine lohnende Praxis und stand allgemein im guten Ruf. In dieser Zeit grassierte hier sehr stark die Diphtheritis. St. wurde beschuldigt, den Tod eines zweijährigen Kindes verschuldet zu haben. Bevor es zum Prozeß kam, nahm St. Reißaus. Er flüchtete, wie es hieß, anfangs nach Dänemark, später nach Amerika. Dieser Tage nun besuchte St. seine hiesigen Verwandten. Er hatte schon einige Tage hier mit Frau und Kindern verweilt, als die Polizei auf ihn aufmerksam wurde und ihn auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftete. Trotz einer angebotenen Kaution ist St. noch nicht wieder freigelassen worden.

Tondern. Die „Not der Landwirtschaft". Der Hufner Paust. Kundsen in Ottersbüll bei Brede verkaufte seinen Hof an die Gütermakler Thoming u. Dethmann in Hamdorf für 69000 Mk. Der Hof kostete vor vier Jahren 40000 Mk. Also in vier Jahren eine Wertsteigerung um 29000 Mk. oder fast 75 Proz.! Wer da noch nicht an die „Not der Landwirtschaft" glaubt, dem ist nicht zu helfen.

Rostock. Die Justizpflege im alten Mecklenburg. Ein Leser schreibt der „Frkf. Ztg.": Als in Mecklenburg noch von Rechts wegen Prügel verabfolgt wurden, hatte der Geprügelte für jeden Hieb, den er erhielt, einen Schilling (= 6¼ Pfg.) zu entrichten. Nun geschah es in der kleinen Stadt F., daß einem Uebeltäter fünfzehn Hiebe zudiktiert waren. Als es aber nach vollzogener Exekution ans Bezahlen ging, verfügte der Delinquent nur über ein Achtgroschenstück (= 16 Schill.) Endlich sprach der Richter: „Na, Slüter (Schließer), denn geben S' em noch en'n, denn stimmt de Rekenung!" So geschah es, und jedem wurde sein „Recht".

Rostock. Beleidigungsprozeß Holst. Das Oberlandesgericht in Rostock verwarf am Freitag die von dem Genossen J. Holst in Wismar gegen das Urteil der Schweriner Strafkammer eingelegte Revision als unbegründet. Die über Holst von dem Berufungsgericht wegen Beleidigung der Wismarschen Schutzleute Kremer und Schütt verhängte dreimonatige Gefängnisstrafe ist somit rechtskräftig. Unser Genosse Holst wird auch diese Prüfung überstehen. Das Gefühl, unschuldig zu büßen, wird ihn auch während der dreimonatigen Freiheitsstrafe aufrechterhalten. Hofft Holst doch, daß er mit einem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens in seinem Meineidsprozeß Erfolg haben wird.

Rostock. Aussperrung in Sicht? Vor kurzem sind, wie berichtet, von den hiesigen Maurern und Bauarbeitsleuten Baugeschäfte einzelner Unternehmer gesperrt worden, weil die Inhaber derselben Lohnabzüge gemacht hatten. In neuerer Zeit sind dann weitere Sperren verhängt worden, auch von seiten der Zimmerer, infolge Weigerung eines Teils der Rostocker Bauunternehmer, einen Lohntarif anzuerkennen, nach dem von ihnen vom 1. April 1905 an ein Stundenlohn von 50 Pf. an Maurer und Zimmerer, von 37 Pf. an die Bauarbeitsleute gezahlt werden soll. Dieses Vorgehen der Arbeitnehmer hat nun plötzlich den „Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Mecklenburg-Schwerin" auf die Beine gebracht. Dieser will den Arbeiter-Organisationen den Garaus machen. Denn um nichts Geringeres handelt es sich bei dem jüngsten Vorgehen des Arbeitgeberbundes, wenn derselbe jene Anfrage der Arbeitnehmer bei den Rostocker Bauunternehmern, ob diese gewillt seien, vom 1. April n. Js. den Stundenlohn von 50 bezw. 37 Pfennigen zu zahlen, kategorisch durch folgendes Schriftstück, adressiert an den Zahlstellenvorsitzenden des Maurerverbandes hier, beantwortete:

„Auf ihre geschätzte Karte vom 7. d. M. an mehrere

Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Mecklenburg-Schwerin, E. V., welche dem unterzeichneten Vorstand zur Erledigung zugegangen ist, teilt Ihnen derselbe ergebenst mit, daß Ihre in den gleichlautenden Postkarten enthaltenen Forderungen nicht bewilligt werden können.

Die über einzelne Rostocker Geschäfte verhängten Bausperren sind unberechtigt und ersucht Sie der unterzeichnete Arbeitgeberbund, dafür sorgen zu wollen, daß (?) diese Sperren sobald als mödlich aufzuheben. Sollte diese Aufhebung nicht bis zum Sonntag, den 15. Mai d. J., erfolgt sein, werden die organisierten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter vom Montag, den 16. Mai d. J., nicht weiter beschäftigt werden.

Schwerin i. M., 10. Mai 1904. — Rostock, 10. Mai 1904.

Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe im Großherzogtum Meckl.-Schwerin, Eingetragener Verein.

Der Lokal-Arbeitgeber-Verband für Rostock.

Dieses Schreiben, das die Absicht des Arbeitgeberverbandes — wohl die schon die langgehegte —, die gewerkschaftlichen Organisationen zu sprengen, unzweideutig wiederspiegelt, hat „eingeschlagen". Der imposante Besuch der Versammlung, die von den drei in Frage kommenden Korporationen einberufen war, zum Freitagabend nach der „Warnowhalle", um Stellung zu der offenen Kriegserklärung des Arbeitgeberbundes zu nehmen, legte dafür Zeugnis ab. Nach kurzer Diskussion wurde durch fast einstimmige Annahme einer Resolution das Ansinnen der vereinigten Arbeitgeber, die Sperren aufzuheben, zurückgewiesen und die Aufnahme des vom Gegner hingeworfenen Fehdehandschuhes proklamiert. Falls sich die Herren Arbeitgeber nicht eines besseren besinnen, sondern ihre Drohung wahrmachen, soll die Arbeit nicht anders wiederaufgenommen werden, als gegen Zahlung eines Stundenlohnes von 50 Pfennigen für Zimmerer und Maurer, von 37 Pfennigen für die Bauarbeitsleute. Wenn die Herren den Kampf wollen, dann mögen sie ihn haben. — **Der Zuzug von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern ist von Rostock jetzt streng fernzuhalten.**

Bant. **Wie Unternehmer Verträge innehalten.** Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Holzarbeitergewerbe war im Vorjahre von dem Einigungsamt ein Vertrag zustande gekommen, nach welchem der Minimallohn ab 1. Mai 1904 43 Pfg. betragen und die anderen Löhne um 3 Pfg. erhöht werden sollten. Bis auf 2 haben sämtliche Unternehmer diese Vereinbarung anerkannt. Der eine Unternehmer, Tapken, erklärte dem Sinne nach: „Wir haben in unserer letzten Arbeitgeberversammlung beschlossen, die höher als mit dem Mindestlohn von 43 Pfg. pro Stunde entlohnten Tischler zu entlassen, um billigere Arbeitskräfte einzustellen, infolge dessen bewillige ich den Aufschlag nicht." Der andere Arbeitgeber erklärte, wer den Aufschlag verlangt, kann gehen. Man sieht hieraus, wie Verträge seitens der Arbeitgeber eingehalten werden.

Letzte Nachrichten.

Posen. Die Pockenseuche in Schmiegel kann als erloschen angesehen werden. Wie der „Schmiegeler Anz." meldet, befinden sich die im Diakonissinnen-Krankenhaus untergebrachten an den schwarzen Pocken erkrankten Personen bereits außer jeder Gefahr.

Leipzig. Wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit seinen Schulkindern verurteilte die 6. Strafkammer den Lehrer Karl Otto Hertzsch in Mockau in geheimer Sitzung unter Zubilligung mildernder Umstände und unter Anrechnung eines Monats der Untersuchungshaft zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Chemnitz. Vatermörder. Der Maler Alexander Schubert hier hat im Monat Februar d. J. seinen Vater ermordet. Das hiesige Schwurgericht verurteilte ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Düsseldorf. Kesselexplosion auf einem Motorboote. Bei der Ueberfahrt nach Zons explodierte Freitagabend der Kessel eines Motorbootes. Der Fährmann erlitt erhebliche Brandwunden. Er wurde durch schnell zur Hilfe eilende Schiffer gerettet, während das Boot vollständig ausbrannte. Glücklicherweise waren Passagiere nicht im Boote, sonst hätte die Explosion die schlimmsten Folgen haben können.

Dortmund. Vergifteter Heringssalat. Nach dem Genuß von Heringssalat erkrankte die Familie eines hiesigen Ingenieurs. Die junge Frau nahm nach kurzer Zeit ein qualvolles Ende, während ihr Mann und eine Tante in Lebensgefahr schweben.

Augsburg. Freigesprochen. Das Schwurgericht sprach einen Ehemann, der einen Liebhaber seiner Frau auf frischer Tat ertappte und ihm ein paar Löcher in den Bauch schoß, von der Anklage auf Totschlagsversuch frei.

Dorpat. Das hiesige deutsche Theater ist nachts das Opfer einer Feuersbrunst geworden. Nichts konnte gerettet werden. Der Schaden ist um so größer, als die Versicherungssumme gering war.

Lemberg. Durch Blitzschlag geriet in Zywmierz (Galizien) ein Haus in Brand, wobei der Besitzer sowie dessen beide erwachsene Töchter in den Flammen umkamen.

Rom. In der Zentralverwaltung der Volkssparkasse wurde ein Defizit von 5 Millionen Lire entdeckt.

Schanghai. Der Führer des russischen Walfischfängers „Georgij", Kapitän Simenkow und seine Frau sind, wie der „Frankf. Ztg." gekabelt wird, im Hafen von Schanghai durch die chinesische Mannschaft ermordet und beraubt worden. Die Täter sind entkommen.

Lübecker Marktpreise vom 14. Mai.

Bauern-Butter Pfd. 1,05 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,15 Mk., Hasen Stck. — Mk., Enten Stck. 3,50 Mk., Hühner Stck. 2,— Mk., Küken Stck. — Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Pf., Flickgans — Mk., Schweinskopf, Pfd. 0,40 Mk., Schinken Pfd. 0,90 Mk., Wurst Pfd. 1,15 Mk., Eier 11 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 0,90 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Extra-Angebot!

Nur für diese Woche!

Damen Boxcalf Knopf- und Schnürstiefel 6,25 Mk.
Damen Chevreaux Knopf- u. Schnürstiefel 6,25 Mk.
Damen braune Knopf- und Schnürstiefel 5,50 Mk.
Damen rote Knopf- und Schnürstiefel 5,50 Mk.

Ein großer Posten
Lawn-Tennis
sowie
Stoffschuhe u. Stiefel
in verschiedenen Farben
zu jeder Preislage.

W. Blumenthal

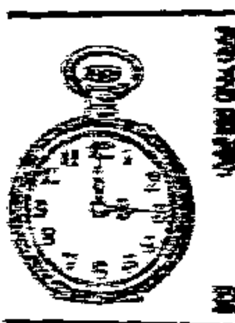
Kohlmarkt. LÜBECK. Ecke Sandstrasse.

Obermüller
tüchtige Kraft, zum 1. Juli d. Js.
gesucht.
Schriftliche Angebote sind bis 1. Juni d. Js. einzureichen bei der
Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
Löwenweg 65.

Tüchtige Schuhmachergesellen
auf dauernde Arbeit verlangt
Danetz, Schuhmacher, Wickedestraße 32.

Billig zu verk. geb. Hühnerdraht
Moislinger Allee 129c

Billig zu verkaufen 11 junge Legehühner und 1 Hahn
Schwartauer Allee 21



Uhren reinigen . 1,50
Federn einsetzen . 1,50
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Engelsgrube 32.

Empfehle aus löschend. Kahn:
f. Speise-Kartoffeln,
gelb. f. Magn. bonum per Zentner 2,60
Franz. Eierkartoffeln " " 3,20
Rosen-Kartoffeln " " 2,20
Futter-Kartoffeln " " 2,—
frei ins Haus.
W. Hamer, Ratzeburg.
Bestellungen in Lübeck erbitte bis Sonntag: Schlumacherstraße 18, I.

Herr **Dr. med. Reifenstahl** scheidet als Kassenarzt bei der Ortskrankenkasse hierselbst nicht aus.
Lübeck, den 14. Mai 1904
Der Vorstand der Ortskrankenkasse.

Achtung! Bäckerstreik!

Bürger! Arbeiter! und besonders Ihr Hausfrauen! Unterstützt die streikenden Bäckereiarbeiter in ihrem schweren Kampfe zur Erringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen!

Die Bäckereiarbeiter fordern: Kost und Logis außer dem Hause des Meisters und einen Minimallohn von 21 Mark bei 84stündiger Arbeitszeit pro Woche! Forderungen, welche die Bäckereibesitzer leicht bewilligen könnten, wenn sie nur wollten.

Die Lohnkommission der Bäckergesellen von Lübeck.

Städtisches Brauhaus Schwerin i. M.
Wir empfehlen unser preisgekröntes
Obotriten-Bräu
sowie Lager-, Pilsener- u. Weizenmalzbier zu den billigsten Preisen.
Vertreter: **F. Koop, Busekiststr. 8.**

Fortzugsh. **Garnit., Sofa, Stühle, Bettstellen mit Betten** billig zu verkaufen
Depenau 39, parterre.

Fahrrad-Haus. **H. A. Hill**
Vernickelungs- und Emaillieranstalt. **Johannisstr. 9.**
Größte Reparaturwerkstatt Lübecks.
Mäntel, früher 7 Mark jetzt **Mk. 5,50**
Schläuche, früher 4 Mk. jetzt **Mk. 2,80**
Centrum Mäntel, früher 10 Mk, jetzt **Mk. 8,00**
Tadellose frische Ware, volle Garantie.
Neue Fahrräder, 1 Jahr Garantie, Mk. 85.

Verkaufe **Kaninchen:** 1½ Jahr alter Rammler, belg. Rasse, 1½ J. a. Weibch., Riesenabst., 2 J. a. dtsch. K., Woch mit 7 Jung., Kreuz belgische Rasse
Schlutup, Kirchstraße 12.

Empfehlungs-Karten
Die Buchdruckerei des „Lübecker Volksb."

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Der Vorstand besteht für das Jahr 1904 aus folgenden Mitgliedern:

a. den Arbeitgebern:
Buchdruckereibesitzer Charles Coleman, Vorsitzenden,
Fabrikbesitzer Herm. Jul. Hahn,
Maurermeister Johs Prigge,
Fabrikant Bernh. Dräger.

b. den Arbeitnehmern:
Buchdrucker Johs. Joach. Frdr. Körner, Stellvertreter des Vorsitzenden,
Schriftsetzer Ad. Heinr. Steudel, Schriftführer,
Schlosser Frdr. Mart Herm. Seemann, Stellvertreter des Schriftführers,
Maschinenmeister Gust. Duscheck,
Kassierer Rich. Friedr Holzapfel,
Schlosser Heinr Christian Berthold Fischer
Maurergehilfe Herm Friedr. Völker,
Eisendreher Paul Alb. Emil Sommerfeldt.

Der Vorstand.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
(Zahlstelle Lübeck.)

Versammlung

am Dienstag den 17. Mai
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme.
2. Kartellbericht.
3. Bericht des Delegierten von der Gaukonferenz.
4. Innere Verbandsangelegenheit.
5. Fragekasten. 6. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 114. Dienstag, den 17. Mai 1904 11. Jahrgang.

Ungarischer Menschenhandel.

Dr. Friedrich Hertz-Wien schreibt im „Plutus“, der kritischen Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen: Es ist ein gesegnetes Land, das Apards Söhne zur Wohnstätte sich nahmen. Zwischen den fetten Weizenböden des Alföld's und dem dunklen Karpathenforst dehnt sich die Steppe, in der ein zukunftreiches Neuland dem Eroberer Pflug entgegenlechzt. Die Phantasie des Reisenden, der müssig aus den Fenstern des Expreß blickt, sieht Verkehrswege und Wohnstätten, behagliche Dörfer und rührige Fabrikstädte in der Oede entstehen und mit der wachsenden Zahl der Menschen die Vorbedingungen höherer Kultur sich bilden. Doch der Schein trügt — das Land ist übervölkert, von Jahr zu Jahr schwillt der Menschenstrom, der weit im Westen des neuen Kontinents Ansiedlungen slavischer und magyarischer Zunge erstehen läßt und den Trustfürsten eine weißhäutige Kuliheerde liefert.

In den letzten fünf Jahren stieg die Auswandererzahl von 50 000 auf über 100 000, die große Mehrzahl wählte den Weg über die deutschen Häfen, wo man bald das ungarische Geschäft als das einträglichste der Welt erkannte. In diesem Zustand hat die sozialpolitische Fürsorge der ungarischen Regierung wesentliche Aenderungen eintreten lassen. Noch im Scheiden soll der Landproletarier die wohltätige Hand seiner angeborenen Lenker spüren, noch zuletzt soll er zum Ruhm der vaterländischen Zivilisation beitragen. Warum gehen die Kerle über Hamburg und Bremen, wo in Fiume Ungarn einen sorgfältig gepflegten eigenen Hafen besitzt? Zwar ist die Lage Fiumes ungünstig, zwar ist es weit billiger und bequemer, den kürzeren Weg nach Westen zu suchen — doch der Staat weiß Rat. Die englische Cunard-Linie steht außerhalb des Morgantrustes, dem die Bremer und Hamburger Gesellschaften angehören. Mit ihr schloß die Regierung einen Vertrag, indem die Kompagnie sich verband, einen regelmäßigen Dienst zwischen Ungarn und Amerika einzurichten. Dagegen verpflichtet sich die ungarische Regierung, jährlich mindestens 30 000 heimatlose Landeskinder zu liefern, für jedes fehlende Stück werden 100 Kronen aus ungarischen Steuergeldern an die englische Gesellschaft zu zahlen sein, der Staat hat also genügenden Antrieb, für hinreichende Auswanderungslust zu sorgen, worin ihm Erfahrungen und Erfolg nicht mangeln. Damit aber sein Interesse über das Minimum hinaus nicht erlahmt, erhält er von jedem Schiffsbillet, dessen Preis auf 180 Kronen festgesetzt wurde, eine Prämie von 10 Kronen. Zwar bieten die deutschen Gesellschaften schon Ueberfahrtspreise von 120 Kronen bei kürzerer und bequemerer Fahrt, doch die Regierung des stolzen Magyarenstaates versteht es, die Geschäfte eines Zutreibers mit den Machtmitteln des modernen Staates zu besorgen. Die Regierung verlangt die Ermächtigung, Auslandspässe über andere Routen als Fiume zu verweigern. Ferner soll kein Agent eine Konzession erhalten, der sich nicht verpflichtet, für Fiume zu wirken. Regierungsbeamten werden zu Auswanderungsagenten, eine Flut von Korruption ergießt sich über das Land.

Schon hören wir Berichte über den Erfolg. — Ende Februar kamen in Fiume 1900 Auswanderer an, die von den Agenten der Cunard-Linie im ganzen Lande zusammengetrommelt worden waren. Von diesen wurden aber nur 600 eingeschifft, weil der übrige Schiffsraum für Menschenladungen in Neapel und Marseille reserviert bleiben sollte. Die zurückbleibenden 1300 Menschen sollten auf's nächste Schiff, also zwei Wochen warten, und als sie Lärm schlugen, wurden sie per Frachtwagen nach Antwerpen geschickt, von dort nach Grimsby und Hull verfrachtet, von dort nach Liverpool gejagt, wo sie erst nach Newyork eingeschifft wurden. Die Ueberfahrt, die über deutsche Häfen sechs bis sieben Tagen dauert, nahm mehr als drei Wochen in Anspruch. Aber selbst die Glücklichen, die direkt in Fiume das Schiff besteigen konnten, mußten mit dem Komfort vorlieb nehmen, den die von der Gesellschaft zur Verfügung gestellten ältesten und bereits ausrangierten Dampfboote bieten konnten.

In dem Vertrag der Regierung mit der Gesellschaft findet sich eine Ungültigkeitsklausel für den Fall amerikanischer Gegenmaßregeln. Diese Vorsicht war nicht überflüssig. Denn eben meldet der Telegraph, dem Repräsentantenhause sei ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach auf jeden Auswanderer, der auf Schiffen lande, die von nichtamerikanischen Staaten subventioniert würden, ein Zoll gelegt werden solle. Der Prämie, die die ungarische Regierung auf die Ausfuhr zahlt, folgt aber prompt der Ausgleichszoll, ein interessantes Gegenstück zu den Zuschlägen auf Prämienzucker. Wenn Ungarns Beispiel Nachahmer findet, wird vielleicht eine zweite Brüsseler Konvention nötig werden.

Natürlich ist es nicht reine Menschenliebe, die die amerikanische Abwehr in Bewegung setzt. Wie bereits gesagt, sind die bedrohten deutschen Gesellschaften Mitglieder des großen Ozeantrusts, und Morgan verläßt die Seinen nicht. Der große Freund jenseits des Ozeans besitzt noch immer genug Einfluß auf die Volksvertretung der Vereinigten Staaten, um die Humanität mit Bezug auf die notleidenden Auswanderer und die natürlich noch notleidenderen Schiffahrtsaktionäre mit Erfolg zu verfechten. Wie reizend wäre etwa ein diplomatischer Notenwechsel zwischen John Pierpont I. und dem Minister des apostolischen Königs von Ungarn betreffend die „Regelung gewisser Interessen auf vertragsmäßigem Wege“. Vormals wurde die überschüssige Kraft manches deutschen Kleinstaates auf englische Schiffe verhandelt, um die nordamerikanischen Rebellen gegen Ihre britische Majestät zu bekämpfen. Warum soll ein ungarischer Edelmann an Geschäftsklugheit einem Kurfürsten von Hessen nachstehen?

Heute freilich müßten die Verkauften nicht gegen aufständische Bauern kämpfen, sondern ihren reichgewordenen Nachfahren fette Profite schaffen. Vielleicht findet sich ein ungarischer Dichter, der Schubart's Lied ins Magyarische überträgt, und es ertönt dann im Fiumaner Hafen im Chor: „Hurrah, ihr Brüder, und seid stark. Die Abschiedsstund' ist da, wir müssen über Berg und Tal ins heiße Afrika.“

Soziales und Verwandtes

Streiks und Lohnbewegungen. Die Differenzen der Böttcher der Oelfabrik S. Herz in Wittenberge sind in Güte beigelegt. — Der Streik der Ziegeleiarbeiter in Luckenwalde wurde erfolgreich beendet. — Die Aussperrung der Bauhandwerker in Weißenfels dauert fort. Am 9. Mai beförderten die Unternehmer zirka 30 fremde Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter durch übergroße Deckung von Polizei in Weißenfels ein. Die Freude währte aber nicht lange, da die Wachsamkeit der drei Organisationen es verhinderte, daß alle die Arbeit aufnahmen. Es reisten am nächsten Morgen durch die Beförderung der Ausgesperrten 17 Maurer und Bauarbeiter wieder ab. — Wie das „L. T.“ meldet, ist der bald ein halbes Jahr dauernde Streik der Leipziger Schriftgießergehilfen (Mitglieder des Verbandes der Buchdrucker) in einer Sitzung, die am Mittwochvormittag im Buchgewerbehaus stattfand, beendet worden. Die Streikenden ließen ihre zu Anfang des Streiks gestellten Forderungen fallen. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt auf Grund eines neuen gemeinsam zwischen Gehilfen und Prinzipalen beratenen Tarifs. — Der Malerstreik in Chemnitz ist am Mittwoch zugunsten der Gehilfen beendigt worden. — Die Maler- und Anstreichergehülfen Lembergs stehen im Streik. Sie fordern Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung. — Die Arbeiter der Siemens- und Schuckertwerke in Preßburg stehen im Streik. Die Ausständigen haben die Forderung gestellt, die Arbeitszeit auf neun Stunden zu verkürzen und die gegenwärtigen Arbeitslöhne um 10 Proz. zu erhöhen. — Die Antwerpener Diamantarbeiter haben Freitag mit 2061 gegen 43 Stimmen die von den Arbeitgebern angenommenen Vorschläge der Vermittelungskommission, wonach 300 Lehrlinge eingestellt werden und der Neunstundentag eingeführt werden sollten, abgelehnt. Der Streik dauert daher fort. — Von der spanischen Arbeiterbewegung wird berichtet: Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter in Madrid ist beendet, die meisten Forderungen der Arbeiter sind bewilligt worden. Die Bäckereiarbeiter in Bilbao sind in den Ausstand getreten; die Arbeit in den Bäckereien wird von Soldaten aus den Militärbäckereien besorgt. Gendarmerie-Patrouillen durchziehen die Straßen. — Der Lader-Ausstand in Callao (Peru) soll nach den neuesten Meldungen schon wieder beendet sein.

Fünfter Verbandstag des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Die geschlossene Sitzung am Mittwoch, in der der Tagesordnungsgegenstand „Unsere Taktik bei Streiks“ in Verbindung mit dem Punkte Lohnbewegung behandelt wurde, dauerte nicht nur den ganzen Vormittag, sondern nahm auch noch einen großen Teil der Nachmittagsverhandlungen in Anspruch. Welches Interesse die Delegierten den zur Erörterung stehenden Fragen entgegengebracht haben, ist aus den überaus zahlreichen Wortmeldungen zu schließen, die sich auf 36 beliefen. Um halb vier Uhr nachmittags wurde die Oeffentlichkeit wieder hergestellt und darauf noch über einige Verwaltungsangelegenheiten debattiert. Kloß-Stuttgart verteidigte einige als überflüssig und belästigend empfundene Maßnahmen des Vorstandes als durch die Ungenauigkeit der Abrechnungen in einzelnen Fällen notwendig geworden. Im Interesse einer straffen Kontrolle halte der Vorstand die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen für geboten. Darauf wurde in die Beratung über „Unsere Zeitung“ samt den dazu gehörigen Anträgen eingetreten. Einige der letzteren wünschten eine Vergrößerung des technischen Teiles. Stubbe-Hamburg erklärte, daß die Preßkommission dieser Frage bereits näher getreten sei und dieselbe eingehend erwogen habe. Er legte den Plan einer 14tägig zu erscheinenden Fachzeitung mit Illustrationen vor, wobei es sich allerdings frage, ob zweitausend Abonnenten dafür zu haben wären. Die Redaktionsarbeiten waren zunächst nebenamtlich gedacht. Natürlich brauchten sich die Abonnenten nicht lediglich aus Verbandsmitgliedern zu rekrutieren. Wolle der Verbandsvorstand diesem Plane näher treten, so wäre möglicherweise ein ersprießliches Resultat zu erzielen. Im Laufe der Debatte kamen natürlich die alten Klagen wieder, daß die Zahlstellen-Berichte stark gekürzt werden. Gegen die Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurden dagegen keinerlei Reklamationen erhoben. Röske-Hamburg erläuterte die technische Unmöglichkeit, die Berichte unverkürzt zu bringen. Des weiteren erläuterte Redner die oft leichtsinnige Art und Weise, mit welcher sogar per Postkarte das einfache Verlangen an ihn gestellt werde, über diese oder jene Firma die Sperre zu verhängen. Donnerstagvormittag wurde die Debatte über den Bericht der Preßkommission und die Haltung der Fachzeitung weitergeführt. Dabei wurde die Anregung Stubbes betr. die Herausgabe einer vom Verbandsorgan getrennten fachtechnischen Zeitschrift speziell erörtert. Stubbe-Hamburg wies darauf hin, daß eine gewisse Verpflichtung des Verbandes zur technischen Weiterbildung seiner Mitglieder vorhanden sei. Jetzt müssen die jüngeren Kollegen die Hilfsmittel in Anspruch nehmen, welche ihnen von Seiten der Meister bezw. Unternehmer geboten werden. Unter Ablehnung aller sonst zu diesem Punkte gestellten Anträge wurde darauf der Antrag Stubbe auf Herausgabe einer technischen Fachzeitschrift angenommen, desgleichen auch der Antrag Leipart, die Quartalsabrechnungen getrennt von der Verbandszeitung Funktionären und Interessenten zu übersenden. Als nächster Punkt der Tagesordnung kam sodann

Die Madonna mit dem Rosenbusch.

Eine altlübsche Geschichte von Adolf Paul.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

Die Stimme der Mutter erstickte, sie sprach nicht weiter und verbarg weinend ihr Gesicht in den Händen. Aber nur für einen Augenblick. Dann stand sie wieder aufrecht vor ihnen, fest und entschlossen wie vorhin. Sie wandte sich zu Klaus.

„Nun geh und such die Verwandten auf und die Freunde deines Vaters Und bring sie mit mit zum Hochzeitsmahl. Geladen sind sie, — aber du mußt sie selber holen, — so verlangt's die Sitte und die Ehre unseres Namens.“

Nahm dann die Braut bei der Hand und ging, von den Dienern gefolgt, nach Hause.

Und Klaus ließ ihr ihren Willen und gehorchte wieder, entschlossen, für dies eine Mal alles über sich ergeben zu lassen, um die Alte zu beruhigen und den Frieden des Hauses wieder herzustellen.

Er zog also ab, mit klingendem Spiel, um bei Freunden und Verwandten den Willkomm zu trinken und sie mit nach Hause zu bringen.

Aber überall fand er verschlossene Türen.

Man hatte von seiner Teilnahme an den gestrigen Unruhen gehört und sah in ihm fortan nur den Verräter an der gerechten Sache. Keiner wollte mehr von ihm wissen. Verachtung und Schimpf und Demütigung begegneten ihm überall. Und, aufs höchste gekränkt, entließ er die Spielleute und ging allein nach Hause, seine Schwäche verdammend, dem Frieden zu liebe der Forderung der Sitte nachgegeben zu haben.

Auf der Diele stand alles gedeckt; aber es waren keine Gäste gekommen.

In der Küche loderte hell das Feuer, — auf ächzenden Bratspießen wälzten sich zischend gewaltige Fleischmassen, triefend von Fett, — aus dem brodelnden Abgrund des Kupferkessels hob eben der Koch mit gebührender Vorsicht den riesigen glänzenden Lachs heraus, — mit dampfenden Schüsseln und schäumenden Kannen eilten geschäftig die Diener umher, — große Tonnen von Eimbecker Bier und Braunschweiger Mumme und allerlei Weinen lagen bereit, den Durst zu löschen, — die Tische bogen sich unter ihrer leckeren Last, — im eisernen Reifen des Kronleuchters flammten unzählige, goldgelbe, duftende Kerzen, alles war mit würzigem Wasser besprengt, — der Boden mit weißem Sand bestreut und Blumen und Grün überall. In der Mitte der Diele, unter der flammenden Krone, standen Mutter und Braut, bereit zu empfangen. Aber es kamen noch immer keine Gäste.

Finster und ernst trat Klaus herein. Die Mutter ging ihm entgegen.

„Für achtzig hab ich das Mahl bereit, — für so viele, wie uns das Gesetz erlaubt. Und du bringst keinen einzigen mit?“

„So freue dich denn, — du hast mich ja nur demütigen wollen!“

„Ich habe weiter nichts gewollt, als wenigstens das meinige dazu zu tun, um die Ehre des Hauses hochzuhalten! Für die Schande hast du zur Genüge gesorgt! — Tragt auf!“ befahl sie den Dienern. Und setzte sich allein zu Tisch.

Da klopfte es stark an die Tür, und auf der Schwelle erschien ein einsamer Mann.

Es war Jörg Wullenweber. Klaus ging ihm entgegen.

„Jörg Wullenweber. Ihr kommt mir eben gelegen! Tretet näher und setzt Euch zu uns. Wir tafeln heute mit seinen Genossen. Auf jedem Platz, wo ehedem ein Freund oder Verwandter saß, sitzt heute, als Gast, ein schlimmer Gedanke und ein böser Wunsch! Nicht wahr, die Gesellschaft kennt Ihr?“ —

„Gewiß, — mir fehlt's nicht an solcher Gefolgschaft wie keinem, der etwas will. Ich wünsche Euch Glück zu solcher Errungenschaft. Wer gut gehaßt wird, braucht sich nicht seines Wertes zu schämen. Wer Feinde gewinnen kann, gewinnt auch Freunde. So auch Ihr. Ihr habt Euch gestern an der Spitze der Jungen brav hervorgetan, — Ihr sagtet mir dann auch ein Wort von Taten, Ihr sprachtverächtlich von leeren Worten, — so war's wohl denn auch kein leeres Wort von Euch, so seid Ihr denn wohl ein Mann der Tat! Nun, dergleichen gibt's nicht zu viele. Wir haben uns jenes Wort gemerkt, wir nehmen die Tat gern an, wo sie auch herkommt, und freuen uns, eine Kraft gewonnen zu haben, und zwar aus dem gegnerischen Lager, — aus solch alteingesessenem und angesehenem Hause. So haben wir Euch denn soeben gewählt unter den jüngsten Ratsherren Platz zu nehmen. Um Euch dies zu sagen, bin ich gekommen, da ich ja hier in der Nähe wohne. Aber nicht um zu tafeln und zu zechen.“

Klaus stand wie betäubt. — „Ihr wählt mich in den Rat? Mich, einen Künstler?!“

„Womit Ihr Eure Mußestunden zu vertreiben beliebt, das geht uns nicht an, Junker Klaus. Ihr seid vor allem Bürger von Lübeck und als solcher sowohl berechtigt wie verpflichtet, wenn's verlangt wird, Eure Kraft dem Gemeinwohl zu widmen. Darauf allein kommt es an.“

„Ihr habt wohl recht, — aber ich kann's doch nicht! Wie würde ich auch da nützen können? — Ich bin nur Künstler, und weiter nichts. Es war nur ein Zufall, daß ich gestern da mit hineingezogen wurde, — aber was kümmert mich sonst das alles? Man hatte mir mein Weib verweigert, — ich hab da mein Weib gesucht und gewonnen, jetzt habe ich es, — jetzt bin ich wieder Künstler. Nur das, — nur das! Nur darauf ist mein ganzes Können, meine Lust, meine ganze Kraft gerichtet, — dem will ich mich

„Der internationale Holzarbeiterkongreß" zur Beratung. Leipart meinte, der letzte vor 10 Jahren stattgefundene internationale Fachkongreß habe, wie seine Vorgänger, die Erwartungen, welche man daran geknüpft, nicht erfüllt. Aber trotzdem können wir auf internationale Beziehungen und Verständigungen nicht verzichten. Bei einer auf Veranlassung der österreichischen Kollegen erfolgten Umfrage hätten die Bruderorganisationen aus Belgien, Böhmen, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich, Schweden, Serbien und Ungarn sich zustimmend zu der Frage eines internationalen Fachkongresses im Anschluß an den Amsterdamer Kongreß der internationalen Arbeiterschaft geäußert. Natürlich könne und dürfe die Tagesordnung keine allgemein theoretische, sondern sie müsse eine rein praktische sein und nur Fragen des momentanen Bedürfnisses berücksichtigen. Man hat als dringendste Gegenstände internationaler Verständigung angesehen: 1) Notwendigkeit und Möglichkeit einer dauernden internationalen Verbindung; 2) Eventuell Schaffung eines internationalen Sekretariats und Beschlußfassung über dessen Aufgaben und über die Kostendeckung; 3) Uebertritt und gegenseitige Unterstützung der Mitglieder im Auslande; 4) Abschluß von Kartellverträgen; 5) Abhaltung ausländischer Streikbrecher bei Lohnkämpfen. Am meisten hätten bisher wir Deutschen auf internationale Verständigung hin gearbeitet, aber nicht immer genügendes Verständnis und Entgegenkommen gefunden. Darum habe man übertriebene Hoffnungen längst aufgegeben. Diesmal dürfe man aber wenigstens eine zahlreiche Beteiligung erhoffen. Raith-München wünschte, daß auf diesem Kongreß, dessen Beschickung selbstverständlich sei, auch die Frage der Gemeindezuschüsse bei Notstandsarbeiten zur Besprechung gelange. Uebrigens seien noch nicht alle Wünsche erfüllt, die man an die internationale Verständigung geknüpft, aber ein guter Teil davon habe sich realisiert. Das merke man an Böhmen, das noch vor zehn Jahren als Streikbrecher- und Lohndrücker-Ecke galt. Der Verbandstag beschloß, einen Vertreter des Vorstands, einen des Ausschusses und Röske als Redakteur zum Internationalen Kongreß zu entsenden. Da die Beratungen der Kommission, welche das in den Anträgen niedergelegte Material zu sichten und zu verarbeiten hat, gefördert werden müssen, fiel die Nachmittagssitzung aus und der Verbandstag vertagte sich um ½1 Uhr mittags auf Freitag.

Entbehrungslöhne deutscher Arbeitgeber. Die Württembergische Metallwarenfabrik Geislingen bringt eine Dividende von 20 pZt. für das letzte Geschäftsjahr zur Verteilung. — Die Aluminium-Industrie-Aktien-Gesellschaft bei Neuhausen zahlt für das Geschäftsjahr 1903 eine Dividende von 16 pZt. — Die Generalversammlung der Schlesischen Zinkhütten-Aktien-Gesellschaft setzte die Dividende auf 19 pZt fest.

Zwei Entschädigungsklagen. Vor dem Gewerbegericht in Jena kam dieser Tage eine interessante Klagesache zum Austrag. Die Geschäftsleitung der optischen Werkstätte von Karl Zeiß hatte vier Optiker, die in der optischen Versuchsabteilung mit der Ausarbeitung einer neuen Technik beschäftigt waren, wegen Verrats von Geschäftsgeheimnissen plötzlich entlassen. Drei der Entlassenen machten bei dem Gewerbegericht Anspruch auf Auszahlung des vierzehntägigen Lohnes im Betrage von 72 bis 96 Mk. geltend. Die Firma erhob Widerklage und beantragte, die Kläger zu einer Entschädigung im Betrage von 3000 Mk. zu verurteilen. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß die Optiker einer Braunschweiger Konkurrenzfirma unter Mitteilung von dem Stande der Arbeiten, an denen sie teilgenommen, ihre Dienste angeboten haben, (was die schärfste Verurteilung verdient. Red.), weil sie sich infolge Minderung ihres Verdienstes zu verändern wünschten. Vergleichsvorschläge wurden abgelehnt. Das Gewerbegericht entschied durch Urteil, daß die beiderseitigen Ansprüche berechtigt sind. Die Firma hat den vierzehntägigen Lohn zu zahlen, wenn ihr die drei Optiker die 3000 Mark Entschädigung behändigen. Das Urteil wurde als vorläufig vollstreckbar erklärt. In Arbeiterkreisen darf man auf den Ausgang dieser Sache sehr gespannt sein.

Eine weibliche Sekretärin wird demnächst der Schweizerische Gewerkschaftsbund, gemäß den Beschlüssen des letzten Gewerkschaftskongresses, anstellen. Die Stelle ist ausgeschrieben; die Bewerberin muß mit der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung vertraut und unbedingt zur agitatorischen Tätigkeit geeignet sein. Was die Sprachkenntnisse betrifft, so wird die vollständige Beherrschung des Deutschen in Wort und Schrift verlangt; außerdem ist die Kenntnis der italienischen Umgangssprache dringend erwünscht. Das Anfangsgehalt beträgt 2200 Franks pro Jahr.

In der dänischen Eisenindustrie stand bekanntlich infolge von Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine allgemeine Aussperrung der letzteren bevor. Durch Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und Vertretern der Arbeiter ist indessen jetzt, wie aus Kopenhagen gedrahtet wird, die Angelegenheit soweit geregelt, daß die Aussperrung unterbleibt.

Ein verbotener Radler-Korso. Während der Pfingstfeiertage findet in Erfurt der fünfte Bundestag des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität" statt. Ihm zu Ehren war auch ein Korsofahren durch die Straßen der Stadt geplant. Der Vorsitzende des Radfahrervereins „Vorwärts", der um die Genehmigung nachgesucht hatte, erhielt folgende Antwort: „Ihrem Gesuch vom 21. v. M. wird nicht stattgegeben. Schmidt." — Ist auch ein Radkorso eine Demonstration gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung, welche nicht erlaubt werden kann?

Eine neue Protesterklärung gegen die Bernsteinsche Gründung eines Montagsblattes hat die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Osten Berlins beschlossen. Der Verein verharrt auf seinem ablehnenden Standpunkte. Es heißt in der angenommenen Resolution: „Die Versammlung erklärt sich mit der Stellungnahme des Wahlvereinsvorstandes, der Bezirksleiter und Gruppenführer der Zeitungsgründung des Genossen Bernstein gegenüber vollständig einverstanden. Sie hält die Gründung von Zeitungen als Privatunternehmen eines Parteigenossen für die Partei schädlich und die Einheit der Partei gefährdend. Sie fühlt sich deshalb verpflichtet, mit allen Mitteln solche Privatunternehmungen zu bekämpfen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Vertrauensleute von Berlin und Umgegend die Pflicht gehabt hätten, nach Vorlegung des Projekts seitens des Genossen Bernstein an die Parteigenossen heranzutreten und es der Gesamtorganisation von Berlin und Umgegend vorzulegen. Die Versammelten legen Wert darauf, zu erklären, daß sich ihr Vorgehen nicht gegen den Genossen Bernstein, sondern gegen alle solche Unternehmungen, ganz gleich welcher Parteigenossen, richtet." In der Versammlung gab der Berliner Beisitzende des Parteivorstandes, Genosse Wengels, nach der „Volksztg." die Erklärung ab, daß der Parteivorstand die Gründung des „Neuen Montagsblattes" ebenso ungern sehe, wie die Genossen des Kreises, die sich scharf dagegen aussprechen. Da aber für den Betrieb des Blattes die Parteieinrichtungen nicht in Anspruch genommen würden, — Spediteure usw. — so konnte eine andere Stellungnahme des Parteivorstandes nicht erfolgen. Es fehle dem Parteivorstande die Macht, ein Verbot des „Neuen Montagsblattes" auszusprechen. Es sollen jetzt, wie verlautet, die Vertrauensleute nochmals zusammen berufen werden, um einen entscheidenden Entschluß zu fassen.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Soldatenmißhandlungen. Das Kriegsgericht zu Pillau (Ostpreußen) verurteilte am 7. Mai wegen Mißhandlung Untergebener den Leutnant Manigel zu drei Monaten Festung, den Vizefeldwebel Kroß zu drei Wochen gelindem, den Unteroffizier Riedel zu zehn Tagen Mittel-, den Unteroffizier Schütz und den Sergeanten Birschel zu je sechs Wochen Mittelarrest.

Aus dem Leben unserer „Besten und Edelsten". Einen Prozeß gegen den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen hatte dessen früherer Hofmarschall von Luck, der vor einiger Zeit plötzlich aus dem Amte schied, wegen Zahlung seiner Pension angestrengt, weil darüber Meinungsverschiedenheiten entstanden waren, ob von Luck die Zeit, die er ohne Hofmarschall zu sein, im Dienste des Prinzen zugebracht hatte, mit anzurechnen sei. Der Prozeß ist jetzt zu Ungunsten des Prinzen entschieden worden. von Luck erhält eine Pension von 12000 Mark jährlich. — Der interessante Rechtsstreit des Majors Grafen von Königsmarck wider seinen Vater, den Majoratsherrn von Schloß Plaue an der Havel, Grafen von Königsmarck, wegen Zahlung einer versprochenen Beihilfe von 14000 Mark pro Jahr, ist vom Landgericht zu Potsdam zu Gunsten des Klägers entschieden worden. Als sich im Jahre 1895 Graf von Königsmarck junior mit einer Prinzessin von Schönaich-Carolath verheiratete, verpflichtete sich sein Vater, ihm jährlich 14000 Mark als Beihilfe zu zahlen, und für jedes Kind, das etwa geboren würde, noch 10000 Mark jährlich. Dies Versprechen wurde indessen nicht voll eingehalten, so daß jetzt der Sohn gegen den Vater um 60000 Mark, die er nicht erhalten, einklagte. Der Verklagte wurde nunmehr zur Zahlung verurteilt.

Ein Hallescher Bilse. Der Füsilier Fischer, welcher bei dem Infanterie-Regiment Nr. 36 diente und zur Zeit in Charlottenburg wohnt, hat ein sogenanntes Kriegstagebuch der Oeffentlichkeit übergeben. Durch mehrere Stellen des Buches fühlt sich der Generalmajor z. D. Nicolai in Erfurt beleidigt und hat Strafantrag gegen Fischer gestellt. Die Oberstaatsanwaltschaft hat dem Herausgeber des Kriegstagebuches bereits die Anklage zugestellt. Es handelt sich um Erlebnisse des Verfassers im 70er Kriege. Nicolai war Kompagniechef des Regiments, in dem Fischer seine Militärdienstzeit absolviert hat. Was ihn nach 33 Jahren bewogen hat, sein Kriegstagebuch weiteren Kreisen zu unterbreiten, ist nicht bekannt.

Vom gleichen Recht für alle. In der letzten Sitzung wurde der Gemeindevorstand von Jena darüber interpelliert, wie es zu erklären sei, daß am 1. Mai den Studenten ein Umzug erlaubt, den Arbeitern aber eine gleiche Veranstaltung „aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohls" verboten worden sei. Der Interpellant erhielt keine Antwort und der Gemeinderat verzichtete auf eine Besprechung. Indem der Gemeindevorstand eine Beantwortung unterließ, hat er jedenfalls eingestanden, daß sich die kritisierte Maßnahme nicht rechtfertigen läßt.

Der Bahnhofsportier in der Kirche. Die Münchener „Jugend" erzählt folgende Schnurre: In dem kleinen badischen Ort Appenweier, welcher als Uebergangsstation einen ziemlich ausgedehnten Bahnhof besitzt, war vor Jahren ein wegen seiner kolossalen Stimmmittel im weiten Umkreis berühmter Bahnhofsportier. Außerdienstlich wirkte der Mann als „Baß" im Kirchenchor. Eines Sonntags, nach vorhergegangenem Nachtdienst, hatte der Herr Portier das Malheur, in der Kirche einzunicken. Durch einen Rippenstoß seines Nachbars aus seinen Träumen unsanft geweckt, fährt er auf, aber statt in den Choral einstimmen, läßt er durch das Kirchenschiff den Ruf erdröhnen: „Einsteigen in der Richtung nach Oos, Baden, Rastatt, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim!"

Quittung.

Im Monat April gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein:

Arnstadt (Thüringen) Wahlverein 20,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 2100,—. 3. Kreis 2500,—. 4. Kreis Südost 2000,—. 4. Kreis (Ost) 3000,—. 6. Kreis 10000,—. Berlin, diverse Beiträge 1907,93. Bern 50,—. Butzbach 4,—. Breslau, sozialdemokratischer Verein 100,—. Beuthen (Oberschl.), v. Parteigenossen 5,—. Bremen, vom Maschinenpersonal d. „Bremer Bürgerzeitung" 20,80. Cöln a. Rh., sozialdemokr. Verein 1. Quartal 1904 67,—. Donaueschingen, 2. badischer Wahlkreis 5,—. Falkenberg (Oberschl.) 2,—. Fürth 20,—. Gotha, von den Parteigenossen d. d. Vertr. 30,—. Gera (Reuß), sozialdemokratischer Verein Reuß j. L. 150,—. Gera (Reuß), für den Wolf eines Leipziger Webers 1,63. Hamburg, von den Hamburger Genossinnen durch L. Zietz 100,—. Hamburg, Ueberschuß v. d. Reichstagswahl 1903 8068,27. Hamburg, von der Auflösung des Unterstützungsvereins „Gleichheit" vom 1901 100,—. Hamburg, im Monat April in der Expedition des „Echo" eingegangen 161,79. Hamburg, 3. Wahlkreis 3000,—. Heidelberg, M. G. 4,—. Krefeld, Beitrag vom sozialdemokr. Volksverein 100,—. Kattowitz (Oberschl.), Wahlverein 5,—. Luckenwalde, v. sozialdemokr. Wahlverein 100,—. Luckenwalde, Rufus 5,—. München, Gau Süd-Bayern 1. Quart. 1804 127,—. Magdeburg, von den Parteigenossen 300,—. München, Waldläufer Januar—April 20,—. Nürnberg, S. 4,—. Niederzwönitz, 19 sächs. Reichstags-Wahlkreis 50,—. Nordische Wasserkante 50000,—. Oberstein a. Nahe, Volksverein 1. Quartal 1904, 9,60. Oelsnitz i. V., von den Parteigenossen durch A. G. 20,—. Ronsdorf, allgemeiner Arbeiterverein 25,—. Straßburg i. E., Altvater 5,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Solingen, durch das Kreiskomitee 50,—. Triberg, Arbeiter Wahlverein 5,—. Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Zentral-Wahlverein 100,—. Veitschau, vom aufgelösten Volksverein 15,—. „Vorwärts", 1. Quartal 1904, 12061,90. „Wahrer Jakob" nach Abzug der Ausgabe für „Neue Zeit" 6119,45. Württemberg 100,—.

Berlin, den 9. Mai 1904.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

---

wähnen — und dann muß ich frei sein und mich nicht noch nebenbei mit Geschäften belasten, von denen ich wenig oder nichts verstehe!"

„Nicht nebenbei, Junker Klaus — nicht nebenbei. Zuerst in der Reihe kommt der Staat und das Gemeinwohl, und dann der einzelne und seine Wünsche. Ich sagte Euch jetzt, Ihr seid Bürger von Lübeck und als solcher vor allem verpflichtet. Seid Ihr jetzt gewählt, so seid Ihr gewählt und habt ohne Widerrede dem Rate zu folgen. Denn so gebietet das lübische Gesetz: wer hier zum Ratsherrn erwählt wird und die Wahl verwirft, der wird auch verworfen. Der geht seiner bürgerlichen Rechte verlustig und hat auf der Stelle die Stadt zu verlassen und das gesamte lübische Gebiet. Und sein ganzes Eigentum verfällt dem Staate. Ihr wißt jetzt Bescheid. Morgen, um sieben, werdet Ihr feierlich eingeholt, um in Amt und Würden eingesetzt zu werden. Wo dann verbleibt Ihr dies Haus nicht. — Denn aber auch auf immer, wenn Ihr Euch noch weigern sollte, Eure Pflicht zu tun."

Sagt es und grüßte und ging.

Klaus stand da und blickte ihm nach, ohne sich fassen zu können. Kaum hatte er sich's noch klar gemacht, was er eigentlich gewollt und getan hatte, und schon stürzten die Folgen seiner Tat sich auf ihn ein und stellten Forderung auf Forderung an ihn, der glaubte, selbst nur zu fordern zu haben.

Erst die Mutter mit den Rücksichten auf die Familie, auf den Namen der Väter und ihre Sitten und Gebräuche. Und dann dies alles! — Dies war aber Trotz, dies war etwas anderes als die kindische Rache eines hinfälligen alten Weibes. Dies war der Tod seines ganzen Glückes, die Vernichtung seines Künstlertums, gerade in dem Augenblick, als er sich frei wähnte, sich endlich mit aller Kraft aufs Schaffen werfen zu können.

Ohne Bedenken hatte er gestern alles über Bord geworfen, sich von jeder Gemeinschaft mit allem losgesagt, wozu ihn Herkunft und Verwandtschaft und gesellschaftliche Stellung verpflichteten. Und kaum war er der alten Fesseln los und ledig, so kamen gerade diejenigen, auf deren Seite er sich geschlagen hatte, und legten ihm neue und noch schwerere auf. Das war also die erhoffte Freiheit! Nein, dann lieber das Alte. Dann gehörte sein Herz wieder denen, die vorhin dem Drang seines Herzens die größten Hemmnisse entgegengestellt hatten! Hatten sie ihn nicht als Menschen, so hatten sie ihn doch als Künstler gelten lassen wollen. Unter den jetzigen Nachtjägern und modernen Nützlichkeitsfanatikern konnte seine Kunst doch nicht gedeihen, das sah er jetzt ein — und was war ihm dann die Liebe? Bei diesen hätte ihn das Liebesglück, bei jenen die Schaffensfreude! Immer wieder derselbe Zwiespalt, — nirgends Möglichkeit, sich ganz zu entfalten, immer nur durfte das eine auf Kosten des andern blühen, nirgendwo Platz für beides? Wo denn hin? Zurück wollte und konnte er nicht. Und von den jetzigen Bundesgenossen war er eben durch einen Streich getrennt, kaum daß er sie gefunden hatte! In der Tat war er also frei, immerhin so frei wie noch nie, aber fühlte es nicht, empfand nur die äußeren Fesseln und stampfte außer sich vor Wut auf den Boden.

„Dann lieber den Tod, gleich auf der Stelle! Aber meine Kunst gebe ich nicht auf, jetzt erst recht nicht."

„Nun, freue dich doch", sagte die Alte und legte ihm die Hand auf die Schulter. „Freue dich doch! Aus eigenem Willen verliefest du den Weg der Väter, um trotzig eigene Wege zu gehen! So geh sie denn! Was klagst du noch? Das löst dich ja von den lästigen Pflichten gegen uns!"

„Pflichten hier und Pflichten dort!" schrie Klaus außer sich, „ja, habe ich denn nur Pflichten, die mich als Mensch töten?! Der Teufel hol euch alle mit einander!"

Da fühlte er zwei weiche Arme um den Hals, jemand schlich sich dicht an ihn heran und flüsterte:

„Jene spricht dir nur von ihren seligen Toten und ihren Sitten und Gebräuchen und deiner Pflicht gegen sie. Er, der eben ging, wußte nur vom Gemeinwohl und dergleichen hohen Dingen zu erzählen. Du denkst nur an deine Kunst und dein Schaffen! Ja, sag mir, bin ich denn garnichts für dich?"

Da wurde ihm auf einmal so warm ums Herz und so hell im Sinn. Der Mißmut wich wie Nebel vor der Sonne, er zog sie an sich und küßte ihre Lippen und die Augen, die ihr voll von Tränen standen. Und dann nahm er entschlossen sein Weib auf den Arm und trug sie fort aus der glänzenden Halle, hinauf zu sich. Und ließ die Alte allein bei der reichbesetzten Tafel auf die Gäste warten, die noch immer nicht kamen.

Dort oben suchte Ulrike die kostbare großväterliche Ratsherrntracht hervor und zog sie dem Widerstrebenden an. Und sie stand ihm gut und saß wie angegossen, — er sollte sie nur behalten! — Er durfte auch nicht einen Augenblick zögern, die ihm angetragene Ehrenpflicht anzunehmen und sie nach besten Kräften zu erfüllen zu suchen! Das stand ihr fest! — Es würde schon gehen, — er würde schon außerdem Muße haben, so viel er nur wollte, an seinem Werke zu schaffen. Er sollte nur guten Mutes sein und sie lieb haben und fröhlich sein! Das übrige würde sich wohl schon finden.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämtliche in Lübeck.